

# ***PRESSESPIEGEL***

der CDU in Pankow  
Februar 2024

++ MEHR BÜRGERSERVICE Lagepläne zur Orientierung gefordert++

++ Auf diesen Straßen könnte bald wieder Tempo 50 gelten++

++ „Es kann passieren, dass wir Brücken sperren müssen“ :Berlins Verkehrssenatorin warnt vor einer Milliarde Euro Sanierungsstau++

++ Debatte über neue Windräder in Berlin: Union scheitert mit Schutz-Vorstoß für Waldgebiet++

++ Gehweg für die Sandbergstraße++

++ WIDER DEM WILDPINKELN Schilder sollen auf neues Klo hinweisen++

++ Kostüm-Streit an Berliner Schulen Mädchen sollen sich nicht mehr als Prinzessin verkleiden++

|                     |  |
|---------------------|--|
| Datum: 01.02.2024   | Medium: Tagesspiegel Newsletter Pankow                                       |
| <b>TAGESSPIEGEL</b> | Autor: Christian Hönicke<br>Thema: Manuela Anders-Granitzki, Manja Schreiner |

## ++ Heim für 540 Flüchtlinge am Volkspark: Pankow verlangt Hilfe++

**Poller da, Poller weg** – in der Ossietzkystraße spielt sich momentan ein Katz-und-Maus-Spiel zwischen Behörden und Autofahrern ab. Am Wochenende ist bereits zum zweiten Mal ein Sperrpfosten abmontiert worden, der die Fahrradstraße in Pankow vor dem motorisierten Verkehr schützen soll. „Es entwickelt sich schon wieder Durchgangsverkehr“, berichtet ein Anwohner.

**Es handelt sich um den mittleren Sperrpfosten** des sogenannten Modalfilters an der Ecke Majakowskiring. Die Absperrung hatte das Bezirksamt Mitte Dezember nach langem Vorlauf installiert. Die Maßnahme erfolge „aufgrund anhaltender Nichtbeachtung des Durchfahrtsverbotes für Kraftfahrzeuge in der Fahrradstraße“. Nach amtlichen Zählungen hatten hunderte Autofahrer täglich unerlaubterweise die Ossietzkystraße als Schleichweg benutzt.

**Doch die Begrenzung aus drei Pfosten hielt nicht lange.** Der mittlere Pfosten verschwand schon wenige Tage später – nach neuesten Angaben des Bezirksamts wurde er „aufgrund eines Verkehrsunfalls (...) Ende Dezember 2023 erheblich beschädigt“. Danach sei der Durchgangsverkehr zurückgekehrt, berichten Anwohner.

**Anfang vergangener Woche hatte das Bezirksamt nach- und aufgerüstet.** „Die provisorische Bake wurde durch einen neuen Sperrpfosten mit fester Verankerung ersetzt, um das Durchfahren zu verhindern“, teilte die zuständige Bezirksstadträtin **Manuela Anders-Granitzki (CDU)** mit. Doch keine Woche später war auch der neue Mittelpoller wieder verschwunden.

**Anders-Granitzki tadelte die motorisierten Durch-Fahrer** in scharfen Worten. Es handle sich „um vorsätzliches, strafbares Fehlverhalten einzelner Verkehrsteilnehmer“ – auch unabhängig vom „Modalfilter“ sei das Befahren per Pkw dort seit Einrichtung der Fahrradstraße 2020 „nur noch ausnahmsweise Anliegern“ gestattet.

**Am gestrigen Mittwoch begann nun die dritte Spielrunde.** Die Kreuzung ist wieder vorschriftsmäßig abgesperrt; der Bezirk hat erneut Ersatz beschafft, teilte Anders-Granitzki mit: „Es wurde ein neuer umlegbarer Poller in der Ossietzkystraße verbaut.“

**Umleitung durch Wohnviertel: Bezirk lehnt Ersatzparkplätze für Anwohner ab.** Kostenfreie Ersatzparkplätze wegen der Dauerbaustelle auf der Berliner Straße – diesen Anwohnervorstoß hat das Bezirksamt nun abgeschmettert. Der Anwohner **Rico-**

**Thore Kauert** hatte eine Kompensation für die etwa 120 weggefallenen Parkplätze gefordert, die stadtauswärts durch das Wohnviertel östlich der Berliner Straße führt.

**Grund ist ein Wasserrohrbruch** – die Reparaturarbeiten sollen nach Angaben der Berliner Wasserbetriebe insgesamt acht bis zehn Wochen dauern. Seit Mitte Januar gibt es die erweiterte Umleitung über Schonensche, Trelleborger und Hallandstraße – flankiert mit Halteverboten und provisorischen Ampeln.

**Kauert hatte daher vorgeschlagen**, Anwohnern die Gebühren in angrenzenden Parkzonen zu erlassen oder einen Supermarkt-Parkplatz dafür umzuwidmen. „Ein kostenfreies Parken ist im Zusammenhang mit wegfallenden Parkplätzen aufgrund von Baumaßnahmen nicht vorgesehen“, erklärte die zuständige Bezirksstadträtin **Manuela Anders-Granitzki (CDU)** dazu. In keinem Berliner Regelwerk sei eine solche Kompensationsmaßnahme aufgeführt.

**Für die Einrichtung und Regelung** der Umleitung sei grundsätzlich die Senatsverkehrsverwaltung zuständig, so die Stadträtin. Bezüglich der Klagen über Raser und Falschparker habe sich Pankows Ordnungsamt aber mit der Polizei abgestimmt.

**Die Polizei hatte bereits Geschwindigkeitskontrollen** angekündigt, und das Ordnungsamt will das Gebiet nun „im Rahmen der personellen Möglichkeiten“ bestreifen und auf Parkverstöße achten. Anders-Granitzki: „Bei ordnungswidrig abgestellten Fahrzeugen eingeschritten, und zwar insbesondere im Hinblick auf die Schulwegsicherung.“ Zum Glück sind jetzt erstmal Ferien.

**Kurzfristige Baumfällungen: Stadträtin kontert Kritik an Intransparenz.** In der Friedrich-Engels Straße sind vergangene Woche zwei große, alte Bäume gefällt worden – zum Schock vieler Anwohner. Laut Baumfällliste von Ende Dezember seien diese Fällungen nicht vorgesehen gewesen, kritisierte **Axel Lüssow**, umweltpolitischer Sprecher der Pankower Grünen-Fraktion. Das Vorgehen des Bezirks sei intransparent: „Wieder werden große Bäume gefällt und die Öffentlichkeit erfährt weder den Grund, noch ob Nachpflanzungen geplant sind – das darf so nicht weitergehen.“

**Das Amt wies alle Schuld von sich.** Die zuständige Stadträtin **Manuela Anders-Granitzki (CDU)** rechtfertigte die Rodung ohne vorherige Ankündigung: „Beide Bäume hatten bereits voranschreitende Fäulnis im Stammfußbereich“. Damit sei die Standsicherheit „nicht mehr gegeben“ gewesen, die Fällung zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit „leider notwendig“. Bedauerlicherweise könne eine solche kurzfristige Fällung „bei einigen Bäumen nicht vorausgesagt und somit auch nicht in die Liste eintragen werden“.

**Spurentausch in Prenzlauer Berg: Bus-Fahrbahn soll Fahrradstreifen weichen.** Viel wurde zuletzt über die viel zu langsame BVG, Busse im Stau und die Beschleunigung des Nahverkehrs gesprochen. Und was macht die Senatsverkehrsverwaltung? Schafft eine Busspur ab. Auf der Otto-Braun-Straße in Prenzlauer Berg verschwindet schon bald der Bussonderfahrstreifen (BSF) – zugunsten eines Radwegs.

**Die Maßnahme sei „unkritisch“**, sagt die Verkehrsverwaltung auf Checkpoint-Anfrage. Die Anzahl der Busse auf dem Abschnitt würde „nicht den notwendigen Schwellenwert für die Einrichtung von BSF“ erreichen. Mit der Argumentation allerdings müsste der Senat fast alle Berliner Busspuren entfernen, kritisiert Jens Wieseke vom Berliner Fahrgastverband IGEB: „Im Prinzip stehen jetzt alle Busspuren zur Disposition, die unter 20 Busfahrten pro Stunde haben.“

**Alles nur ein Einzelfall**, beschwichtigt das Haus von Verkehrssenatorin **Manja Schreiner (CDU)**. Aber einer, der die BVG ärgert: „Grundsätzlich dienen Sonderfahrstreifen dem Ziel, den Busverkehr flüssiger und damit schneller und zuverlässiger zu machen. Der Wegfall der Spuren läuft diesem Ziel zuwider.“ Vielleicht hört sich die Verwaltung die Einwände der Verkehrsbetriebe beim nächsten Mal an, bevor sie eine Entscheidung trifft. Nach Tagesspiegel-Informationen soll sie es in diesem Fall nicht getan haben. Es lebe das neue Miteinander im Berliner Straßenverkehr. –  
Text: **Christian Latz**

|                       |  |
|-----------------------|--|
| Datum: 01.02.2024     | Medium: Berliner Woche                       |
| <b>Berliner Woche</b> | Autor: Bernd Wähler<br>Thema: Sibylla Knebel |

## MEHR BÜRGERSERVICE

# Lagepläne zur Orientierung gefordert



Sibylla Knebel von der CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, dass sich Besucher auf dem Bezirksamtsgelände Fröbelstraße 17 besser orientieren können. • Foto: CDU-Fraktion • hochgeladen von Bernd.Wähler

**In den Schaukästen an den Eingängen zum Bezirksamtsgelände an der Fröbelstraße 17 sowie an der Prenzlauer Allee und an der Diesterwegstraße soll ein deutlich erkennbarer Lageplan der verschiedenen Bezirksamtsgebäude auf dem Areal ausgehängt werden.**

Dafür soll das Bezirksamt sorgen. Das fordert die CDU-Fraktion in der BVW auf Initiative ihrer Verordnete **Sibylla Knebel** (CDU). Mittels dieser Pläne soll Besuchern des weitläufigen Bezirksamtsgeländes die Orientierung erleichtert werden.

Das Gelände mit der offiziellen Adresse Fröbelstraße 17 wird täglich von vielen Bürgern frequentiert, die einen Amtstermin haben oder eine Dienstleistung im Bürgeramt erledigen möchten. Um den Besuchern die zeitraubende Suche nach dem

richtigen Gebäude zu ersparen, sollten Lagepläne in den bereits vorhandenen Schaukästen an den seitlichen Eingängen zum Gelände angebracht werden.

Auf den Lageplänen sollte ersichtlich sein, wo die Bezirksamtsgebäude stehen und welches Amt sich in welchem Haus befindet. „Zwar befinden sich in den Schaukästen teilweise bereits Lagepläne, aber aufgrund der geringen Größe scheinen diese von vielen nicht wahrgenommen zu werden“, so **Sibylla Knebel**. Hinzu kommt, dass neben diesen relativ kleinen Plänen zahlreiche weitere Aushänge angebracht sind. „Um für einen besseren Bürgerservice zu sorgen, sollten eindeutige und ausreichend große Lagepläne an den Eingängen aufgehängt werden“, fordert Sibylla Knebel.

Dieser Argumentation konnten die Verordneten folgen und beschlossen diesen Antrag der CDU-Fraktion.

|                       |  |
|-----------------------|--|
| Datum: 02.02.2024     | Medium: Berliner Woche                                 |
| <b>Berliner Woche</b> | Autor: Bernd Wähler<br>Thema: Manuela Anders-Granitzki |

# Wahlwiederholung in Pankow

**PANKOW:** Bundesverfassungsgericht ordnete Neuwahl in sehr vielen Wahlbezirken an

von Bernd Wähler

**In fast ganz Pankow werden die Wähler am 11. Februar erneut an die Wahlurne gebeten, um die Wahl zum Deutschen Bundestag vom 26. September 2021 zu wiederholen.**

Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts muss in 455 von 2256 Wahlbezirken Berlins die Wahl wegen Unregelmäßigkeiten wiederholt werden. Davon befinden sich allein 178 Wahlbezirke in Pankow. Im Bezirk gibt es Kandidaten in zwei Wahlkreisen. Der überwiegende Teil des Bezirks gehört zum Wahlkreis 76. In diesem muss in 85,1 Prozent

aller Wahlbezirke neu gewählt werden. In diesen leben insgesamt 85,4 Prozent der Wahlberechtigten des Wahlkreises 76.

Alle Bundestagskandidaten und Parteien, die im September 2021 auf dem Wahlschein standen, müssen auch bei der Wiederholungswahl erneut antreten. Vor anderthalb Jahren konnte Stefan Gelbhaar (Bündnis 90/Die Grünen) den Wahlkreis 76 mit 7270 Stimmen Vorsprung vor Klaus Mindrup (SPD) gewinnen. Gute Aussichten im Wahlkreis 76 hat inzwischen allerdings auch Manuela Anders-Granitzki von der CDU. Als sie 2021 antrat, war sie den Pankowern noch relativ unbekannt. Inzwischen hat sie sich

als stellvertretende Bürgermeisterin und Stadträtin für Ordnung und öffentlichen Raum einen Namen gemacht, und bei der Nachwahl zur BVV und zum Abgeordnetenhaus vor einem Jahr konnte die Pankower CDU erhebliche Stimmengewinne verzeichnen. Auf dem Wahlschein als Kandidaten für die Erststimme stehen für die Linke Udo Wolf, für die FDP Daniela Kathrin Kluckert und für die AfD Götz Frömming. Die Zweitstimme kann an eine von 23 Parteien vergeben werden.

Im Bezirk Pankow befindet sich neben dem Wahlkreis 76 auch ein kleiner Teil des Wahlkreises 83. Dieser umfasst das Gebiet Prenzlauer Berg Süd. Hier muss

in 31 Prozent der Wahlbezirke neu gewählt werden. In diesen werden 33,8 Prozent der Wahlberechtigten zur Wiederholungswahl gebeten. Diesen Wahlkreis gewann im September 2021 Canan Bayram von Bündnis 90/Die Grünen. Mit rund 20 Prozent Abstand lag Pascal Meiser (Die Linke) auf Platz zwei, dicht gefolgt von Cansel Kiziltepe (SPD), die inzwischen Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung ist. In diesem Wahlkreis ist allerdings davon auszugehen, dass Canan Bayram im Bundestag bleibt.

Alle Informationen zur Wahlwiederholung finden sich auf <https://bwurl.de/19u1>.

|                            |                                      |
|----------------------------|--------------------------------------|
| Datum: 02.02.2024          | Medium: Berliner Morgenpost          |
| <b>Berliner Morgenpost</b> | Autor: n/a<br>Thema: Manja Schreiner |

VERKEHR IN BERLIN

# Auf diesen Straßen könnte bald wieder Tempo 50 gelten

02.02.2024, 12:45 Uhr • Lesezeit: 5 Minuten

Berlin. Wegen der verbesserten Luftqualität soll das Tempo-Limit auf einigen Straßen von 30 auf 50 erhöht werden. Um welche es geht.

Auf vielen Hauptstraßen in Berlin könnte in Zukunft wieder Tempo 50 statt Tempo 30 erlaubt sein. Weil sich die **Luftqualität** verbessert hat, müssten die vor Jahren aus Umweltgründen angeordneten Tempo-30-Abschnitte auf 34 Hauptstraßen theoretisch wieder aufgehoben werden, teilte Umwelt- und Verkehrssenatorin **Manja Schreiner (CDU)** am Freitag mit. Das habe rechtliche Gründe.

Allerdings soll das nach ihren Worten nur dort greifen, wo die **Verkehrssicherheit** es hergibt. Etwa an Schulen, Kitas oder Pflegeeinrichtungen könnte es demnach bei Tempo 30 bleiben. Entschieden werden soll über den neuen sogenannten Luftreinhalteplan nach einer breiten Beteiligung der Öffentlichkeit und von Fachleuten erst im Juni.



Verkehrssenatorin Manja Schreiner (CDU)© DPA Images | Wolfgang Kumm

„Schon seit vier Jahren können in Berlin alle geltenden Grenzwerte eingehalten werden, das ist ein **Erfolg** von über zwanzig Jahren Luftreinhalteplanung“, sagte Schreiner. Bereits 2022 seien die **letzten Dieselfahrverbote** aufgehoben worden. „Nun haben wir weitere Einschränkungen für den Straßenverkehr auf den Prüfstand gestellt.“ Ergebnis: Auf 7 Hauptstraßen sei für die Luftreinhaltung weiter Tempo 30 notwendig, an den fraglichen 34 Straßenabschnitten hingegen nicht mehr.

### Auf diesen Hauptstraßen in Berlin soll wieder Tempo 50 gelten:

- **Albrechtstraße** von Robert-Lück-Straße bis Neue Filandastraße
- **Alt-Moabit** von Gotzkowskystraße bis Beusselstraße
- **Breite Straße** von Grabbeallee bis Mühlenstraße
- **Brückenstraße** von Köpenicker Straße bis Holzmarktstraße
- **Danziger Straße** von Schönhauser Allee bis Schliemannstraße
- **Dominicusstraße** von Ebersstraße bis Hauptstraße
- **Dorotheenstraße** von Wilhelmstraße bis Friedrich-Ebert-Platz
- **Elsenstraße** von Treptower Park bis Karl-Kunger-Straße
- **Erkstraße** von Karl-Marx-Straße bis Sonnenallee
- **Friedrichstraße** von Unter den Linden bis Dorotheenstraße
- **Hauptstraße** von Kleistpark bis Innsbrucker Platz
- **Hermannstraße** von Mariendorfer Weg bis Silbersteinstraße
- **Hermannstraße** von Silbersteinstraße bis Emser Straße
- **Invalidenstraße** von Alexanderufer bis Scharnhorststraße
- **Joachimsthaler Straße** von Hardenbergplatz bis Kurfürstendamm
- **Kaiser-Friedrich-Straße** von Kantstraße bis Otto-Suhr-Allee
- **Klosterstraße** von Brunsbüttler Damm bis Pichelsdorfer Straße
- **Leipziger Straße** von Leipziger Platz (Ost) bis Charlottenstraße
- **Leonorenstraße** von Bernkastlerstraße bis Kaiser-Wilhelm Straße
- **Luxemburger Straße** von Genter Straße bis Müllerstraße
- **Mariendorfer Damm** von Westphalweg bis Eisenacher Straße
- **Martin-Luther-Straße** von Lietzenburger Straße bis Motzstraße
- **Oranienburger Straße** von Roedernallee bis Wilhelmsruher Damm
- **Oranienstraße** von Moritzplatz bis Oranienplatz
- **Potsdamer Straße** von Potsdamer Platz bis Kleistpark
- **Reinhardtstraße** von Charitéstraße bis Kapelle-Ufer

- **Saarstraße** von Rheinstraße bis Autobahnbrücke
- **Scharnweberstraße** von Kapweg bis Afrikanische Straße
- **Stromstraße** von Bugenhagenstraße bis Turmstraße
- **Tempelhofer Damm** von Ordensmeisterstraße bis Alt-Tempelhof
- **Torstraße** von Prenzlauer Allee bis Chausseestraße
- **Turmstraße** von Stromstraße bis Beusselstraße
- **Wildenbruchstraße** von Sonnenallee bis Weserstraße
- **Wilhelmstraße** von Unter den Linden bis Dorotheenstraße

## Tempo 30 in Berlin: Es gingen bereits Klagen ein

Bei dem Thema steht die Verkehrsverwaltung nach eigenen Angaben rechtlich unter **Druck**. In mehreren Fällen seien bereits Klagen gegen das Land anhängig mit der Stoßrichtung, wegen schlechter Luft angeordnete Tempo-30-Zonen wieder aufzuheben.

Bis Tempo 30 in der Breite abgeschafft wird, dürfte es in der Stadt indes noch Debatten darüber geben. Die CDU-Fraktion hatte kürzlich ein Papier dazu beschlossen: Auf Hauptverkehrsstraßen sei Tempo 30 in der Regel „nicht sinnvoll“, heißt es dort. CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** hatte erklärt, Verkehrsbeschränkungen müssten einen genauen Sinn haben. In den vergangenen Jahren sei es insbesondere Grünen und Linken „vorrangig um die Bekämpfung des Autos“ gegangen. „Wir nehmen jetzt wieder alle in den Blick, auch den Autofahrer. Das haben wir im Wahlkampf versprochen und dieses **Versprechen** setzen wir um.“



Raed Saleh (SPD) © DPA Images | Jörg Carstensen

Raed Saleh vom Koalitionspartner SPD hatte Stettners Äußerungen kritisch kommentiert. „Flächendeckendes Tempo 50 auf Hauptstraßen ist nicht zeitgemäß. Und das **wird es mit uns auch nicht geben**“, so der SPD-Fraktions- und Landesvorsitzende. Zwar sei ein gut funktionierender Verkehrsfluss nötig, auf der anderen Seite aber auch eine „Verkehrspolitik der Entschleunigung“. Geprüft werden müsse, ob nicht tatsächlich viel mehr Tempo-30-Zonen nötig seien.

## Das steht im Koalitionsvertrag

Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD steht: „Die zulässige Höchstgeschwindigkeit in der Stadt soll sich im Rahmen der Straßenverkehrsordnung an den örtlichen Gegebenheiten orientieren. Es soll grundsätzlich **Tempo 50 auf Hauptstraßen** gelten und Tempo 30 auf Nebenstraßen und dort, wo es sinnvoll ist.“ Tempo 30 müsse dort gelten, wo gesundheitsgefährdende Grenzwerte von Lärm- und Stickoxiden überschritten sind, und dort, wo es die Verkehrssicherheit gebiete.

Für viele Autofahrer ist die Debatte über Tempo 30 oder 50 auf vielen Berliner Straßen eine eher theoretische – zumindest wenn sie tagsüber unterwegs sind. Denn dann quälen sie sich ohnehin im Schneckentempo durch die Stadt, weil es **Stau** gibt oder Ampeln immer wieder für Stopps sorgen. *dpa*

|                            |                                      |
|----------------------------|--------------------------------------|
| Datum: 05.02.2024          | Medium: Berliner Morgenpost          |
| <b>Berliner Morgenpost</b> | Autor: n/a<br>Thema: Manja Schreiner |

MAGNETSCHWEBEBAHN

# Schreiner: „Besonders das ist schon ein dickes Brett“

05.02.2024, 07:56 Uhr • Lesezeit: 2 Minuten



Manja Schreiner (CDU), Verkehrssenatorin, spricht bei einer Pressekonferenz nach der Sitzung des Berliner Senats. © DPA Images | Jörg Carstensen

Berlin. Berlins Verkehrssenatorin sieht einige bislang noch ungeklärte Schwierigkeiten in Bezug auf eine Magnetschwebebahn für die Hauptstadt.

Viele Probleme in Bezug auf die Idee einer Magnetschwebebahn in Berlin sind noch ungelöst, so sieht es jedenfalls Berlins Verkehrssenatorin **Manja Schreiner** (CDU). Das größte Problem sei aktuell eine Finanzierung, sagte Schreiner dem „Tagesspiegel“ (Montag). Für die Technik könne es rechtlich keine Mitfinanzierung durch den Bund geben. „Besonders das ist schon ein dickes Brett.“

Große Infrastrukturmaßnahmen wie der Bau von U- oder S-Bahnstrecken werden in der Regel zu großen Teilen vom Bund finanziert, sonst wären die

Kosten für die Kommunen nicht zu stemmen. Allerdings sieht das Bundesverkehrsministerium eine finanzielle Beteiligung des Bundes am Bau von **Magnetschwebebahnen** nicht durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gedeckt.

**Lesen Sie auch:** Warum Berlins erste Magnetschwebebahn scheiterte

## **Was es für eine Magnetschwebebahn in Berlin brauche**

Schreiner sagte, es sei völlig offen, wie sich eine Magnetschwebebahn in den bestehenden **Nahverkehr** in Berlin überhaupt einfügen könnte. „Wie können wir die nötigen Ständerwerke in der Stadt aufstellen?“ All dies sei ungeklärt, sagte die Verkehrsministerin. „Bevor wir uns für eine Magnetschwebebahn entscheiden, brauchen wir eine vernünftige Machbarkeitsstudie.“

**Auch interessant:** Berlins Magnetbahn-Pläne: Wie in Peking, so in Pankow?

Mit den Einsatzmöglichkeiten von Magnetschwebebahnen in Berlin beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Senatskanzlei. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) hält die Technik für eine Option zur besseren Anbindung des Stadtrands. Wegner hatte schon 2020 dafür geworben und gesagt, in Berlin müsse auch über andere Formen der **Mobilität** nachgedacht werden.

Eine Magnetschwebebahn läuft auf einer Art Schiene, wird aber über ein elektromagnetisches Feld in der Schwebelage gehalten und kann so sehr schnell fahren. Das in Deutschland bekannteste Modell ist der Transrapid - jahrelang wurde in München über eine Anbindung des **Flughafens** an die Stadt per Transrapid nachgedacht, das Projekt wurde aber nach langwierigen Planungen wegen zu hoher Baukosten gestoppt.

|                     |   |
|---------------------|---|
| Datum: 05.02.2024   | Medium: Tagesspiegel                            |
| <b>TAGESSPIEGEL</b> | Autor: Christian Latz<br>Thema: Manja Schreiner |



## „Es kann passieren, dass wir Brücken sperren müssen“ :Berlins Verkehrssenatorin warnt vor einer Milliarde Euro Sanierungstau

Die Berliner Brücken sind wegen ausgebliebenen Investitionen in einem kritischen Zustand, sagt Senatorin Manja Schreiner (CDU). Für die Magnetschwebebahn sieht sie ohne Bundesgeld schwarz.

Angesichts des schlechten Zustands etlicher Brücken in Berlin schlägt Verkehrssenatorin Manja Schreiner (CDU) Alarm. „Der Zustand der Brücken in Berlin ist in den vergangenen Jahren schändlich vernachlässigt worden. Es kann an vielen Stellen jederzeit passieren, dass wir Brücken sperren müssen, weil sich ihr Zustand durch äußere Einflüsse verschlechtert“, sagte **Schreiner** dem Tagesspiegel.

Von den 835 Brücken in Berlin, die unter Aufsicht der Verkehrsverwaltung stehen, seien 75 Prozent in schlechtem oder sehr schlechtem Zustand und müssten dringend saniert werden, führte die Senatorin aus. „Der Investitionstau liegt mittlerweile bei mehr als einer Milliarde Euro.“

Schreiner will nicht bei Investitionen in Berlins Brücken sparen  
Trotz angespannter Haushaltslage will Schreiner in den kommenden Jahren weiter in die Erneuerung der Spannbauwerke investieren. „Wir haben unsere

Infrastruktur in den vergangenen Jahren verkommen lassen und das ist ganz sicher nicht mein Ansatz, auch nicht in Zeiten knapper öffentlicher Gelder.“

Müssen Brücken teil- oder komplett gesperrt werden, hat das massive Auswirkungen auf den Stadtverkehr. Wohl eines der bekanntesten Beispiele dafür ist die Elsenbrücke. 2018 wurden dort meterlange Risse im Spannbeton festgestellt. Das Bauwerk hatte deutlich früher als erwartet sein Lebensende erreicht. Die Folge waren zeitweise Sperrungen und die Reduzierung der Fahrspuren, die zu langen Staus im Berufsverkehr führte. [Mittlerweile ist der Neubau in vollem Gange.](#)

Doch auch bei anderen wichtigen Brücken steht in den kommenden Jahren der dringend nötige Neubau an. Als besonders wichtige Projekte auf der Liste nennt die Senatsverkehrsverwaltung [die Schulenburgbrücke in Spandau](#), die Mühlendammbrücke in Mitte, die Lange Brücke in Treptow-Köpenick sowie die Sellheimbrücke, Laakebrücke und Schönhauser-Allee-Brücke im Bezirk Pankow.

***Wir werden nicht bei der Infrastruktur sparen und auch nicht bei der Leistung des ÖPNV.***

***Verkehrssenatorin Manja Schreiner (CDU)***

Angesichts von Haushaltsproblemen muss sich aktuell auch die Verkehrsverwaltung mit der Frage befassen, wo in ihrem Etat gespart werden kann. Aus Sicht von Verkehrssenatorin Schreiner darf dies auch jenseits von Brücken nicht im Baubereich geschehen.

„Wir erarbeiten aktuell Vorschläge. Klar ist für mich: Wir werden nicht bei der Infrastruktur sparen und auch nicht bei der Leistung des ÖPNV“, sagte Schreiner im Interview mit dem Tagesspiegel. Einsparpotenziale wolle sie dagegen „im Bereich der Zuwendungen und der Projektfinanzierung“ suchen.

Schreiner sieht für die Magnetschwebbahn noch einige Hürden

Die CDU-Politikerin sprach zudem über die großen Hindernisse und Bedenken für eine Magnetschwebebahn in Berlin. Zwar begrüße sie die Idee, es seien jedoch „noch viele offene Fragen zu klären“. So müsse noch geklärt werden, ob sich das System überhaupt in den bestehenden Nahverkehr einpassen lasse. Zudem sei unklar, ob und wie die für die Strecken nötigen Ständerwerke in der Stadt aufgestellt werden können.

Das größte Problem sieht Schreiner aktuell allerdings in der Finanzierung. Für die Technik könne es „rechtlich noch gar keine Kofinanzierung durch den Bund geben“, sagte sie. „Besonders das ist schon ein dickes Brett.“ Große Maßnahmen in der Verkehrsinfrastrukturen wie U-Bahn oder S-Bahnstrecken werden in der Regel zu großen Teilen vom Bund finanziert. Sonst wären die Kosten von oft mehreren hundert Millionen Euro für die Kommunen häufig nicht zu stemmen.

Auch eine Magnetschwebebahn, wie sie sich die Berliner CDU wünscht und für die der Anbieter Max Bögl Kosten von 30 bis 50 Millionen Euro pro Kilometer veranschlagt, wären in diesem Fall durch das Land Berlin alleine wohl nicht finanzierbar.

## Hier wird Berlins Atomzeitalter abgebaut

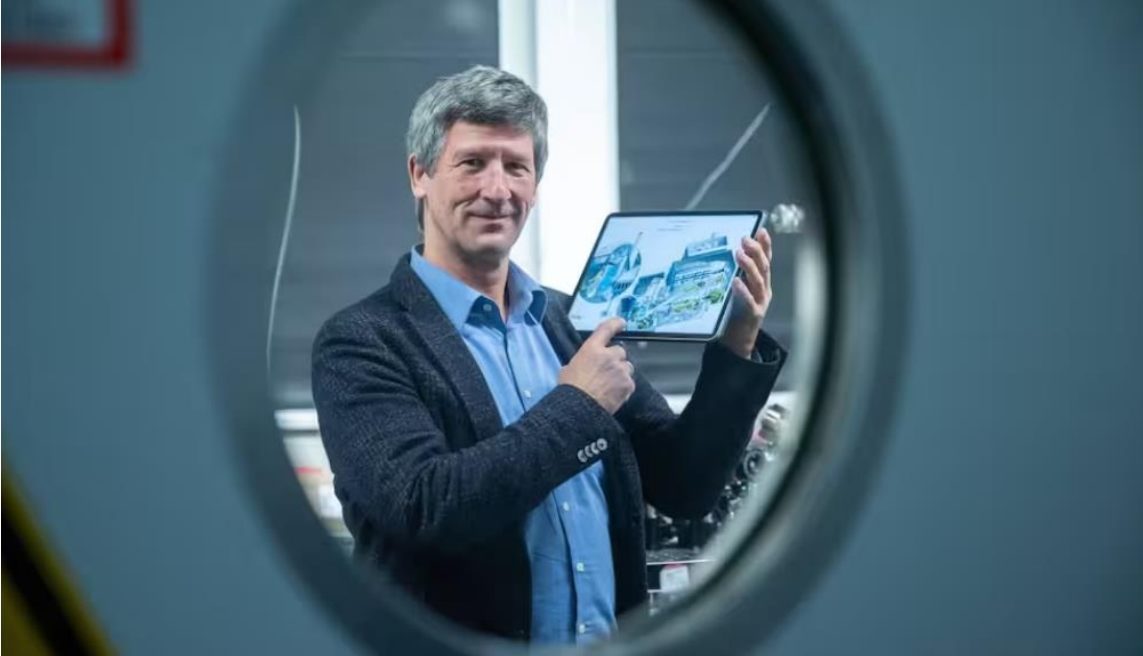


Neutronenquelle BER II. Das Luftbild zeigt den Lise-Meitner Campus des HZB in Berlin-Wannsee im Herbst 2023 Foto: HZB/Dirk Laubner

**Berlins Atomzeitalter ist in spätestens vier Jahren beendet: Noch vor 2027 werden die letzten Brennelemente (je 80 cm lang) in zwei Castor-Behältern ins Zwischenlager nach Ahaus im Münsterland transportiert. Die Stellplätze sind reserviert und kosten schon.**

Der Rückbau des 2019 abgeschalteten Forschungsreaktors in Wannsee (BER II) wird sich aber noch zwölf Jahre bis zum Jahr 2036 hinziehen – die Kostenschätzung beläuft sich inzwischen auf 380 Millionen Euro. Allein die Planung dauert zwei Jahre. „Zur Zeit dürfen wir keine Schraube raus drehen“, sagt der Rückbaubeauftragte Jan Lüning.

Der Forschungsreaktor des Helmholtz-Zentrums war 46 Jahre lang in Betrieb, zuletzt sah man aber mehr Zukunft im Elektronenspeicherring Bessy II (Adlershof). Der Reaktor in Wannsee hatte eine Leistung von 10 Megawatt, ein typisches Atomkraftwerk hat viel mehr (1000 Megawatt).

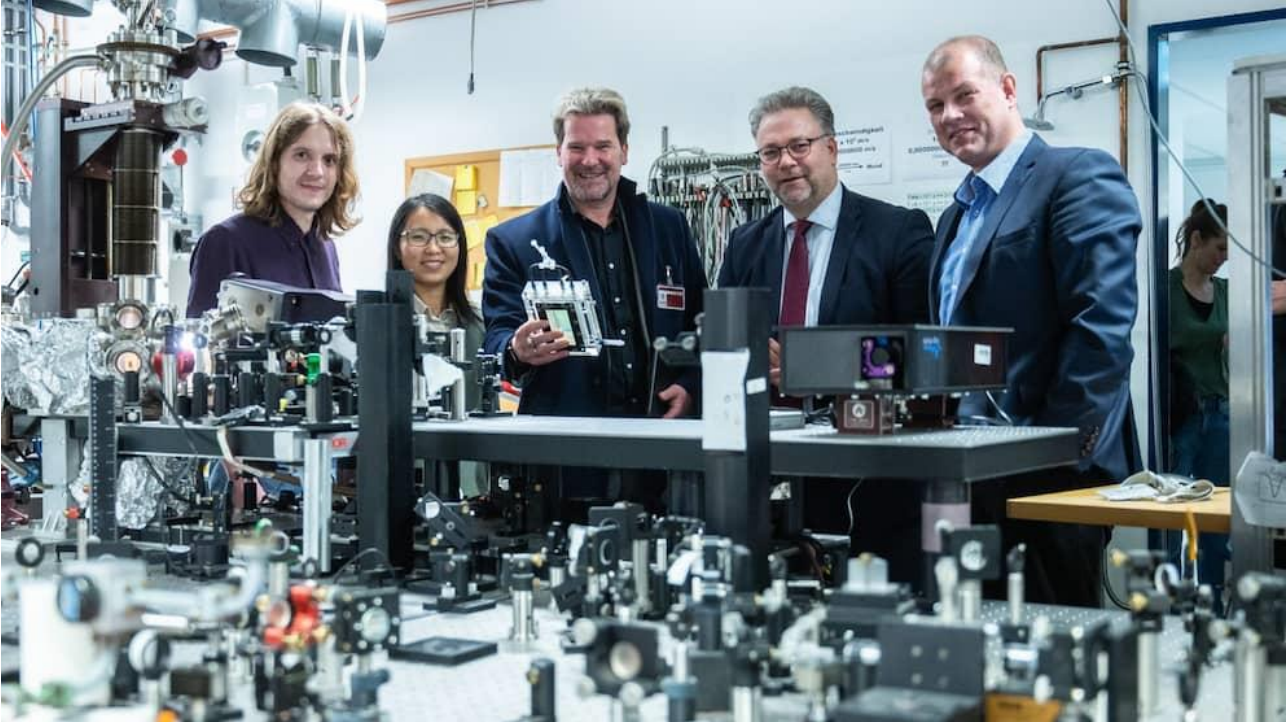


Der Rückbaubeauftragte Jan Lüning Foto: charles yunck

Aber BER II sollte auch keinen Strom erzeugen, sondern Neutronen liefern. Mit den ungeladenen Teilchen, die zum Lichtstrahl gebündelt werden, lassen sich Materialien untersuchen: Farbschichten in Öl-Gemälden, Dinosaurierschädel, Mittelalter-Schwerter.

Sie wurden über Röhren in eine Experimentierhalle geleitet. Die teuren Geräte, die Archäologen, Mediziner, Biologen, Physiker, Chemiker aus aller Welt nutzen, sind inzwischen abgebaut, gingen z.B. nach München und Polen, Grenoble, in die Schweiz und USA.

**Ortstermin in Wannsee: Der CDU-Wahlkreisabgeordnete Stephan Standfuß (52) ist mit einer Gruppe gekommen. Er hofft: „Wenn Berlin ab 2027 brennstäbefreie Zone ist, könnte das Gelände geöffnet und für weitere Ansiedlungen im Bereich Wissenschaft und Forschung genutzt werden.“ Die Lage zwischen Potsdam und Berlin biete sich für Technologien im Bereich Umwelt- und Klimaschutz an.**



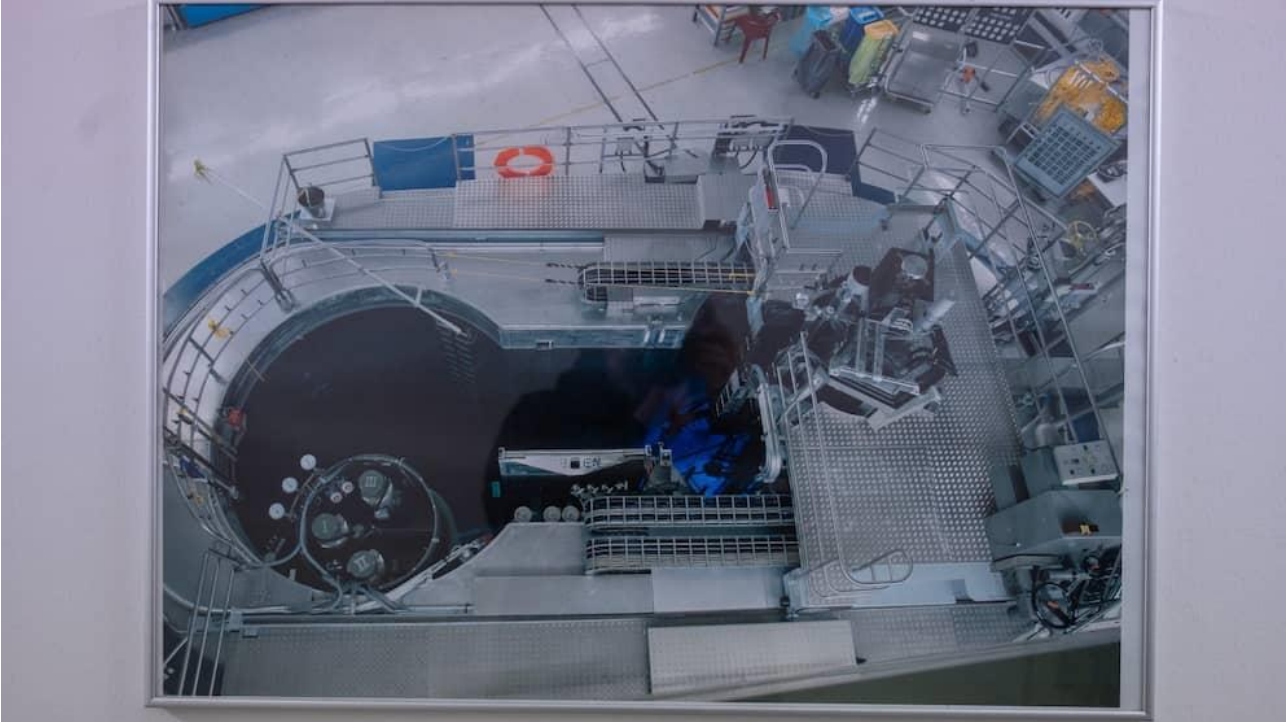
CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** und Zehlendorfs Kreisvorsitzender Stephan Standfuß (3./4. v.l.) informierten sich über die aktuelle Forschung. Jonathan Dietrich, Yuying Gao, Roel van de Krol arbeiten z.B. an solaren Brennstoffen Foto: Charles Yunck

Das Abschalten der Brennelemente dauerte nur Millisekunden. Es wurden sogenannte Absorber zwischen die Stäbe gesetzt, die die Neutronen abfangen. Dadurch konnten sie keine weiteren Urankerne mehr spalten, die Kettenreaktion kam zum Erliegen.



Viele Jahre wurden gebrauchte Brennstäbe (links) in die USA gebracht, die letzten aus Berlin gehen ins Zwischenlager im Münsterland Foto: Charles Yunck

Inzwischen müssen die Brennelemente nicht mehr gekühlt werden, lagern aber noch weiter unter Wasser. Zwischen 1997 und 2017 gingen etwa 250 Brennelemente nach ihrem [Wannsee](#)-Einsatz in die USA.



Da beim Zerfall von Atomkernen Wärme entsteht, wurden sie im Wasser gekühlt (rechts). Mittlerweile ist das nicht mehr, sie sind aber noch im Wasser Foto: Charles Yunck

Wenn die Brennstäbe bald Richtung NRW verschickt sind, kann auch das Reaktorbecken (10 Meter hoch, 2 x 5 Meter Durchmesser) aus Beton zerschnitten und abgebaut werden. Um die genaue Belastung der Wände zu bestimmen, werden in den nächsten Jahren Proben entnommen. Der mittelaktive Abfall geht ins Endlager in den Schacht Konrad, ein stillgelegtes Eisenerzbergwerk in Salzgitter. Geplantes Ende der Etappe: 2036.

|                     |   |
|---------------------|---|
| Datum: 06.02.2024   | Medium: Tagesspiegel Print                        |
| <b>TAGESSPIEGEL</b> | Autor: Christian Hönicke<br>Thema: Denise Bittner |



## Debatte über neue Windräder in Berlin: Union scheitert mit Schutz-Vorstoß für Waldgebiet

Bedrohtes Biotop oder „Kiefern-Monokultur“? Pankows CDU will neue Windkraftanlagen pauschal aus dem Bucher Forst fernhalten - doch die anderen Bezirksparteien machen nicht mit.

„Der Flächenbedarf für ein Windrad beträgt ungefähr einen halben Hektar, dafür wären eine ganze Menge Rodungen nötig“, sagte **Fraktionschefin Denise Bittner**

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/debatte-um-neue-windrader-in-berlin-union-scheitert-mit-schutz-vorstoss-fur-waldgebiet-11132266.html>

Datum: 10.02.2024

Medium: Berliner Woche Online

## WIDER DEM WILDPINKELN

# Schilder sollen auf neues Klo hinweisen




- **David Paul** möchte, dass die neue öffentliche und entgeltfreie Toilette an der Schneeglöckchenstraße mehr genutzt wird.
- Foto: CDU Pankow
- hochgeladen von [Bernd Wähler](#)
- 

**Illegales Wildpinkeln möchte die CDU-Fraktion in der BVV stärker eindämmen. Mit einem Antrag ihres Verordneten **David Paul** fordert sie das Bezirksamt Pankow auf, mit Hinweisschildern auf die neue öffentliche Toilette an der Schneeglöckchenstraße aufmerksam zu machen.**

Die kürzlich eröffnete, barrierefreie Trockentoilette an der Schneeglöckchenstraße ist bislang in der Nachbarschaft kaum bekannt. Auch durch diesen Umstand bedingt, verrichten viele Personen weiterhin ihre Notdurft in der Öffentlichkeit, wie etwa um die Straßenbahnhaltestelle Oderbruchstraße oder im Bereich des Volksparks Prenzlauer Berg. Um die neue Toilette bekannter zu machen und so das illegale

Wildpinkeln zu reduzieren, sollte das Bezirksamt an geeigneten Stellen Schilder anbringen, die auf den Standort der Toilette hinweisen, fordert David Paul. „Illegales Wildpinkeln ist ein berlinweites Problem. Nicht nur durch den Geruch werden Mitmenschen belästigt“, erklärt der Verordnete Paul weiter. „Aus diesem Grund hat das Bezirksamt um Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) dankenswerterweise die neue öffentliche und entgeltfreie Toilette an der Schneeglöckchenstraße eröffnet. Damit diese auch genutzt wird, sollte sie mit entsprechenden Schildern bekannter gemacht werden.“ Die Pankower Verordneten haben diesem Antrag inzwischen zugestimmt.

|   |   |
|---|---|
| Datum: 07.02.2024   | Medium: BZ                                    |
|  | Autor: Hildburg Bruns<br>Thema: Dirk Stettner |

Vermittlungsbonus für BVG-Mitarbeiter

## 2500 Euro Prämie für einen neuen Busfahrer



Planen neue Wege bei der Suche nach Busfahrern (v. l.): CDU-Fraktionschef Dirk Stettner, VBB-Chefin Ute Bonde, BVG-Chef Henrik Falk Foto: Olaf Selchow

**Den modernen Steckbrief blinkt jedes BVG-Fahrzeug über seine Anzeigetafeln in die Stadt hinaus: Busfahrer\*innen gesucht!**

Neue Mitarbeiter zahlen sich jetzt auch für alte auf dem Gehaltszettel aus: mit 2500 Euro interner Prämie!

Die Suche läuft auf Hochtouren: Immerhin schon 200 von insgesamt geplanten 950 Einstellungen sind Ende Januar geschafft. Natürlich müssen sie noch durch die Qualifizierung bzw. Ausbildung, bis sie eingesetzt werden können.


**Bestehen sie die Probezeit, bekommt auch ihr möglicher Werber die volle Prämie. „Die gehen mit ihrer Empfehlung aus dem Freundeskreis ja durchaus auch ins Risiko“, sagt BVG-Vorstandschef Henrik Falk (53).**

Der neue Chef will auf jeden Fall auf Nummer sicher gehen, damit der im Dezember auf 44 von 201 Linien gestutzte Busfahrplan in diesem Jahr wieder hochgefahren werden kann. Die Lücke von rund 350 Fahrern fürs volle Angebot ist allerdings nach wie vor aktuell.

**„Wir würden gerne einen weiteren Ausbildungsstandort einrichten“, sagt Falk. Möglichst in einem östlichen Bezirk, denn bislang wird zentral in der Müllerstraße ([Wedding](#)) geschult. „Aber wir stoßen an unsere Kapazitätsgrenzen“, so Falk.**

Geld für einen Extra-Push von zusätzlichen Maßnahmen, um mehr Busfahrer zu gewinnen, hat Schwarz-Rot im neuen Berlin-Haushalt eingepreist. „Eine Million Euro“, versicherte CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** (54) gestern beim Besuch auf dem Betriebshof in Lichtenberg. Damit geht was in Sachen Ausbildung!

**Geprüft wird von der BVG übrigens auch, ob Studenten für die Semesterferien rekrutiert werden könnten. Aber bevorzugt gesucht: permanente Mitarbeiter in Vollzeit (Grundgehalt: Start mit 2770 Euro brutto plus Zuschläge).**

|   |   |
|---|---|
| Datum: 02/2024  | Medium: Bucher Bote Print                       |
|  <b>Bucher Bote</b><br>Die erste Lokalzeitung für Buch, Karow, Panketal und Umgebung | Autor: Kristiane Spitz<br>Thema: Johannes Kraft |

## Die Zuverlässigkeit der S2

Zehntausende ausgefallene Zug-km, der Unmut ist groß

Die Zeiten, als man mit der S2 punktgenau und zuverlässig von A nach B reisen konnte, sind vielen nur noch in der Erinnerung präsent. Allein im vergangenen Jahr haben selbst jene, die sich Klagen eher enthalten, ihrem Frust freien Lauf gelassen. Fast täglich war irgendwas auf der S-Bahnlinie von Bernau bis Blankenfelde schief gelaufen. Angefangen von betrieblichen Störungen, Polizeieinsätzen, Personalmangel, Reparaturen, Baustellen, Zugausfällen, vollen Abteilen, Verspätungen bis hin zu Schienenersatzverkehren und Bahnstreiks – auf die S 2 war kein richtiger Verlass. Und auch in diesem Jahr gehen die Ärgernisse weiter. Am Nordsüd-Tunnel wird wieder gebaut. Bis 16. 2. verkehren die S-Bahnen nicht zwischen Gesundbrunnen und Südkreuz. Irgendwas ist immer, starke Nerven sind gebraucht.

»Normalerweise benötige ich von meinem Zuhause in Pankow bis zur Arbeitsstelle in Buch 30 bis 40 Minuten. Gestern stand ich auf dem Bahnhof Buch und nichts fuhr mehr«, erzählt der Pankower Ingo Janicke. »Ich wollte dann den 150er Bus nehmen, der nur alle 20 Minuten verkehrt. Einer war gerade weg, der nächste so voll, dass ich nicht reinkam. Mit dem folgenden fuhr ich bis zur Pasewalker Str., dann weiter mit der Tram nach Pankow und schließlich mit dem Bus. Ich habe

1 Stunde, 40 Minuten gebraucht«. Wie ihm geht es vielen. Der Unmut ist groß. Der Wahlkreisabgeordnete Johannes Kraft hat bei der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt nachgefragt, wie zuverlässig die Linie S 2 tatsächlich ist und bekam zur Antwort: »Nach Auskunft der DB AG sind im Zeitraum vom 01.01.2023 bis 16.12.2023 als Folge von betrieblichen Störungen ca. 110.000 Zug-km und aufgrund von Streikmaßnahmen der EVG und GdL weitere ca. 25.000 Zug-km ausgefallen. Aufgrund von geplanten Baumaßnahmen sind per 16.12.23 rd. 205.498 Zug-km ausgefallen.« Es klingt nach sehr viel. Zur Veranschaulichung: Die Strecke von Bernau bis Blankenfelde ist 45,51 km lang.

Beim Thema Zugverspätungen auf der S2 sah es 2023 schon etwas besser aus: Die Pünktlichkeit betrug im vergangenen Jahr in 93,7 % der Fälle 3:59 Minuten Verspätungskarenz. Das liegt noch im vertretbaren Rahmen. Demzufolge verspäteten sich nur 6,3 % der Züge um mehr als 4 Minuten.

Für die Linie S 2 wird weiterhin eine steigende Nachfrage prognostiziert. Die Bahn sieht den Zuwachs allerdings erst mit der Fertigstellung verschiedener Infrastrukturmaßnahmen auf die Linie zukommen sowie durch die geplanten neuen Wohnquartiere im Nordosten und künftige Umsteiger. Grund sei die Führung der S2 über die S21-Strecke mit den Halten an der Perleberger Brücke, Haupt-

bahnhof, Potsdamer Platz und Gleisdreieck. Aber auch der geplante Turmbahnhof Karower Kreuz und der Bahnhof Kammerzer Damm werden zur Erhöhung des Fahrgastaufkommens beitragen, visioniert die DB. Aber schon für 2024 will sie auf den Linien S1 und S2 schrittweise die Züge mit acht statt sechs Wagen ausstatten.


Die wichtigen Fragen für 2024: sind weitere Störungen auf der Strecke der S2 bereits absehbar? Die DB AG bejaht das und erklärt: »In den nächsten Jahren werden die restlichen Arbeiten zum Wiederaufbau der Dresdner Bahn, die Arbeiten zum Erhalt der Netzverfügbarkeit – vor allem im hochbelasteten Nord-Süd-Tunnel – und der Aufbau des neuen Zugsicherungssystems ZBS rund um das Nordkreuz weitere Sperrungen der S2 notwendig machen.«

Fahrgäste können sich schon mal vormerken: Sperrungen sind u. a. wie bereits erwähnt, vorgesehen bis 16. 2. 2024 zwischen Gesundbrunnen und Südkreuz sowie vom 21.10.–11.11. 2024 zwischen Blankenburg und Gesundbrunnen. Ebenso gravierend dürften die Sperrungen an fünf Wochenenden zwischen Pankow, Karow und Mühlenbeck sein, die Ende Mai beginnen sollen. Schienenersatzverkehr ist angesagt. Damit nicht genug. Nach aktueller Planung soll es im Spätsommer 2025 – auf der südlichen und auf der nördlichen S2 – sowie im Juli/August 2026 zwischen Bernau und Berlin-Buch zu Sperrungen kommen. Die Leidensgeschichte wird noch lange fort erzählt werden müssen. Kristiane Spitz

## Was beschäftigt am meisten?

Fast 300 Menschen aus dem Pankower Norden beteiligten sich an einer Umfrage, die der Wahlkreisabgeordnete Johannes Kraft zwischen dem 15. 12. 2023 und dem 5. 1. 2024 gestartet hatte. Was bewegt in unserer Region zurzeit besonders, welche Themen sollten angegangen werden, waren die Fragen. Zudem sollten (Schul)Noten der derzeitigen Politik gegeben werden. Laut Krafts Angaben wurde die Politik der Ampelregierung im Bund als besonders schlecht mit einer Note 5 bewertet. Etwas besser

schnitt die Landespolitik mit einer 4+ und die Bezirkspolitik mit einer 3– ab. Reihenfolge der wichtigsten Themen: Sicherheit (mehr Polizeipräsenz); Verkehrsthemen (Zustand von Straßen und Wegen, Ausbau des ÖPNV, Verkehrssicherheit); Schule bzw. Schulbau (fehlende Oberschulplätze); Kultur- und Freizeitangebote (für Kinder und Jugendliche mangelhaft). K. S.

|   |   |
|---|---|
| Datum: 02/2024  | Medium: Bucher Bote Print                       |
|  | Autor: Kristiane Spitz<br>Thema: Johannes Kraft |

## ■ Neues Flüchtlingsheim?

BUCH – In den vergangenen Jahren entstanden drei Wohneinrichtungen für Geflüchtete mit etwa 1.500 Plätzen im Ortsteil – zwei Gemeinschaftsunterkünfte und eine Erstaufnahme. Nun gibt es Pläne eines privaten Investors, eine weitere Gemeinschaftsunterkunft an der Zepernicker Str./Stener Berg bauen zu wollen. Die Fraktionen von CDU und FDP reichten im Januar einen BVV-Antrag ein mit der Forderung, in Buch mit seinen 17.500 Einwohnern keine weiteren Flüchtlingsunterkünfte zu genehmigen. Die Überforderung des Kiezes sei bereits zu spüren, die entsprechenden Infrastrukturen seien nicht mitgewachsen. Gefordert wird ein gerechter Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge in Berlin und eine faire Verteilung der Gelder aus dem Integrationsfond.


|   |                                     |
|---|-------------------------------------|
| Datum: 08.02.2024   | Medium: Inforadio                   |
|  | Autor: n/a<br>Thema: Johannes Kraft |



Bild: picture alliance/dpa Christoph Soeder [↓ DOWNLOAD \(MP3, 14 MB\)](#)

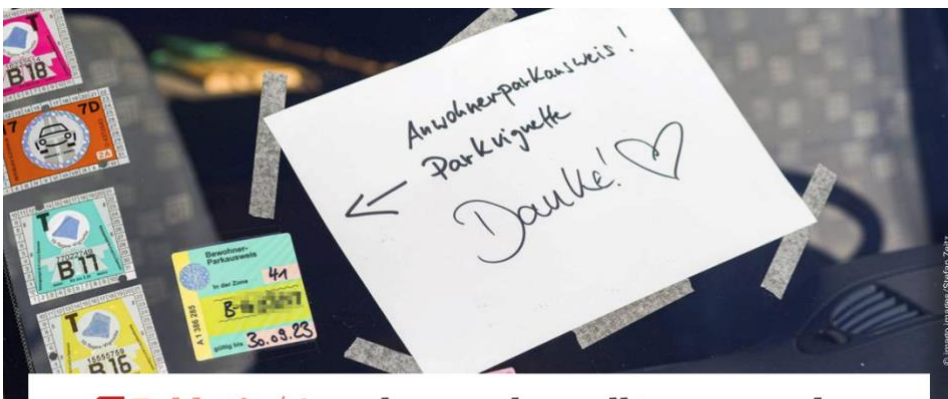
Das Neueste aus der Region am 08.02.2024

## Der Tag in Berlin und Brandenburg

**Heute waren die Medizinischen Fachangestellten zum Warnstreik aufgerufen. Die MFAs wollen mehr Geld - und das bekommen sie auch, denn es gibt eine Tarif-Einigung. Außerdem: Solarpark Hohenstaaten vor dem Aus. Teurere Anwohnerparkausweise. Wahlstimmung in Pankow.**

Den Beitrag können Sie hier sehen: <https://www.inforadio.de/rubriken/berlin-und-brandenburg/der-tag-in-berlin-und-brandenburg/2024/02/der-tag-in-berlin-und-brandenburg---08-02-2024.html>

|                     |  |
|---------------------|--|
| Datum: 08.02.2024   | Medium: Tagesspiegel Newsletter Pankow         |
| <b>TAGESSPIEGEL</b> | Autor: Christian Latz<br>Thema: Johannes Kraft |



**T+ Exklusiv / Anwohnerparken soll teurer werden**  
Berliner Senat schlägt 100 Euro für zwei Jahre vor

Der Senat will die Anwohnerparkgebühren in Berlin deutlich erhöhen. Laut einem Vorschlag der Verkehrsverwaltung soll sich der Preis verfünffachen. Doch es soll auch Rabatte geben.

Die Anwohnerparkgebühren in Berlin sollen steigen. Nun nennt die Senatsverkehrsverwaltung erstmals einen Preis: Autobesitzer sollen demnach künftig 60 Euro für ein Jahr und 100 Euro für eine zwei Jahre gültige Anwohner-Parkvignette zahlen müssen. Das geht aus einer Präsentation der Senatsverkehrsverwaltung für die Koalitionsfraktionen hervor, die dem Tagesspiegel vorliegt.

„Das ist eine Diskussionsgrundlage für die Koalition. Wir beraten jetzt, was am Ende dabei herauskommt. Dabei berücksichtigen wir auch noch andere Aspekte“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Johannes Kraft**.

„Wir schauen, ob man da nicht noch andere Gruppen mit einbeziehen könnte“, sagte **Kraft**. „Wir wollen nicht nur an der Gebührenschaube drehen, sondern eine möglichst gute Lösung für alle Betroffenen schaffen.“

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/anwohnerparken-soll-teurer-werden-berliner-senat-schlagt-100-euro-fur-zwei-jahre-vor-11177323.html>

|                       |  |
|-----------------------|--|
| Datum: 10.02.2024     | Medium: Berliner Woche Print                 |
| <b>Berliner Woche</b> | Autor: Bernd Wähler<br>Thema: Sibylla Knebel |

# Lagepläne zur Orientierung

## PRENZLAUER BERG: CDU fordert mehr Bürgerservice

von Bernd Wähler

**In den Schaukästen an den Eingängen zum Bezirksamtsgelände an der Fröbelstraße 17, an der Prenzlauer Allee und der Diesterwegstraße soll ein deutlich erkennbarer Lageplan der Gebäude ausgehängt werden.**

Dafür soll das Bezirksamt sorgen. Das fordert die CDU-Fraktion in der BVV auf Initiative von Sibylla Knebel. Mittels dieser Pläne soll Besuchern des weitläufigen Geländes die Orientierung erleichtert werden. Das Gelände mit der offiziellen Adresse Fröbelstraße 17 wird täglich von vielen Bürgern fre-



**Sibylla Knebel (CDU) möchte, dass sich Besucher besser orientieren können.** Foto: CDU-Fraktion

quentiert. Um ihnen die Suche nach dem richtigen Gebäude zu ersparen, sollten Lagepläne in den Schaukästen an den

seitlichen Eingängen angebracht werden.

„Zwar befinden sich in den Schaukästen teilweise bereits Lagepläne, aber aufgrund der geringen Größe scheinen diese von vielen nicht wahrgenommen zu werden“, so Sibylla Knebel. Hinzu kommt, dass daneben zahlreiche weitere Aushänge angebracht sind.

„Um für einen besseren Bürgerservice zu sorgen, sollten eindeutige und ausreichend große Lagepläne an den Eingängen aufgehängt werden“, fordert Sibylla Knebel. Dieser Argumentation konnten die Verordneten folgen und beschlossen den Antrag.

|                       |  |
|-----------------------|--|
| Datum: 10.02.2024     | Medium: Berliner Woche Print                           |
| <b>Berliner Woche</b> | Autor: Bernd Wähler<br>Thema: Manuela Anders-Granitzki |

# Hinsetzen und plaudern

## **PANKOW:** Neue Bank auf dem Anger

von Bernd Wähler

**Auf dem Pankower Anger an der Breiten Straße, nahe der Bronzeplastik „Viertelmondträgerin“, steht jetzt Pankows erste „Plauderbank“.**

Der Wunsch, solch eine Plauderbank aufzustellen, war durch den Sozialausschuss der BVV und die Seniorenvertretung an die Bezirksverwaltung herangetragen worden. Plauderbänke sind so konzipiert, dass es eine zusätzliche Armlehne zum Abstützen gibt und die Füße auf einer Strebe abgestützt werden können. Die Sitzfläche ist höher als bei normalen Bänken. Diese Konstruktion erleichtert das Hinsetzen und Aufstehen, insbesondere für Ältere und Menschen mit Behinderung. Die Bänke sind zudem mit einem Schild ausgestattet, das zum Plaudern einlädt.

Wer sich auf diese Bank niederlässt, der signalisiert damit anderen, dass er sich gern unterhalten möchte. Damit können vor allem ältere und alleinlebende Menschen niederschwellig mit anderen Menschen in Kontakt kommen.

„Jeder kann sich also einfach dazusetzen, hallo sagen und plaudern“, erklärt die Stadträtin für Ordnung und öffentlichen Raum, Manuela Anders-Granitzki (CDU). „Solche Plauderbänke gibt es schon in vielen anderen Städten, und nun haben wir endlich die erste Plauderbank in Pankow. Weitere werden folgen.“

Die Kosten für die Aufstellung der Plauderbank durchs Straßen- und Grünflächenamt belaufen sich auf 1400 Euro. Drei bis fünf weitere Plauderbänke im Bezirk sind vorgesehen.



**Manuela Anders-Granitzki weihte kürzlich auf dem Pankower Anger die erste Plauderbank im Bezirk ein.** Foto: Bezirksamt Pankow

|                       |   |
|-----------------------|---|
| Datum: 10.02.2024     | Medium: Berliner Woche                    |
| <b>Berliner Woche</b> | Autor: Bernd Wähler<br>Thema: Lars Bocian |

### **Sprechstunde in der Bibliothek**

**Wilhelmsruh.** Für die Ortsteile Niederschönhausen, Rosenthal und Wilhelmsruh bietet Abgeordnetenhausmitglied **Lars Bocian** (CDU) am 20. Februar um 18 Uhr eine Bürgersprechstunde an. Sie findet in der Nachbarschaftsbibliothek an der Hauptstraße 32 statt. Um Anmeldung über die E-Mail-Adresse [kontakt@lars-bocian.de](mailto:kontakt@lars-bocian.de) wird gebeten. **BW**

|                       |  |
|-----------------------|--|
| Datum: 11.02.2024     | Medium: Berliner Woche                     |
| <b>Berliner Woche</b> | Autor: Bernd Wähler<br>Thema: CDU Fraktion |

## Gehweg für die Sandbergstraße

**Karow.** Das Bezirksamt soll zumindest auf einer Seite der Sandbergstraße zwischen der Einmündung Streckfußstraße und der Straße 94 einen provisorischen Gehweg herstellen, damit Fußgänger die Sandbergstraße gefahrlos nutzen können. Das beschloss die BVV auf Antrag der **CDU-Fraktion** nach Beratung im Verkehrsausschuss. Die Sandbergstraße ist für das Wohngebiet die Erschließungsstraße zum S-Bahnhof Karow und sie ist auch Schulweg für die Kinder der Grundschule Alt-Karow. In der Sandbergstraße gibt es jedoch in einem etwa 100 Meter langen Abschnitt keinen Gehweg, sodass Fußgänger gezwungen sind, auf die Straße auszuweichen. Dort wiederum parken Autos. Daher ist die Situation für Fußgänger recht unübersichtlich. Eine kostengünstig aufzutragende Deckschicht am Straßenrand könnte die Situation für Fußgänger bereits erheblich verbessern. **BW**

|                       |  |
|-----------------------|--|
| Datum: 11.02.2024     | Medium: Berliner Woche                       |
| <b>Berliner Woche</b> | Autor: Bernd Wähler<br>Thema: Denise Bittner |

DAMIT STRASSEN EINSEHBAR BLEIBEN

## Gegen zugeparkte Gehwegvorstreckungen



Denise Bittner regt Maßnahmen gegen das Parken und Halten an Gehwegvorstreckungen an. • Foto: CDU Pankow/Tobias Koch • hochgeladen von Bernd Wähler

**Für mehr Schulwegsicherheit möchte die CDU-Fraktion in der BVV sorgen. Mit einem Antrag ihrer Fraktionsvorsitzenden Denise Bittner fordert sie, das Parken und Halten von Kraftfahrzeugen im Bereich von Gehwegvorstreckungen zu verhindern.**


Diese Maßnahme soll besonders im Umfeld von Kitas, Schulen und Spielplätzen priorisiert umgesetzt werden.

Gehwegvorstreckungen sind Einrichtungen, um Straßen für Fußgänger einsehbarer zu machen. Vor allem Kindern soll so das Überqueren erleichtert werden. Für Autofahrer sind die Fußgänger außerdem besser sichtbar. „Wenn aber direkt neben den Gehwegvorstreckungen geparkt wird, werden sie ihres eigentlichen Vorteils beraubt“, erklärt Denise Bittner ihre Initiative. Das Bezirksamt sollte darum im Bereich der Querungshilfen absolute Halteverbote durch Grenzmarkierungen schaffen oder das Halten durch bauliche Maßnahmen, wie etwa Fahrradbügel, verhindern. Es gibt bereits an einigen Stellen im Bezirk absolute Halteverbote an Gehwegvorstreckungen.

So wurden diese beispielsweise im Umfeld der Grundschule im Blumenviertel umgesetzt. Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) ließ außerdem in einigen Bereichen Fahrradbügel aufstellen, um das Parken neben Gehwegvorstreckungen zu

verhindern. „Um Kita-Kinder und Grundschüler besser im Straßenverkehr zu schützen, sollte das Bezirksamt diese Maßnahmen noch weiter ausweiten“, so **Denise Bittner**.

Mit diesem Antrag werden sich die Verordneten zunächst im Ausschuss Mobilität und öffentliche Ordnung befassen.

|   |                    |
|---|--------------------|
| Datum: 13.02.2024   | Medium: Bild       |
|  | Thema: Lars Bocian |

## Kostüm-Streit an Berliner Schulen Mädchen sollen sich nicht mehr als Prinzessin verkleiden

13.02.2024 - 14:02 Uhr

Berlin – **Mit der Augenklappe als Pirat, mit Kleid und Krönchen als Prinzessin: An Karneval darf jedes Kind sich in das hineinträumen, was es gern mal wäre – so war es bislang.**

In Elternkreisen an Berliner Schulen kursiert aktuell ein Schreiben zum Thema „Fasching – vorurteilsbewusst feiern“. Der vierseitige Infotext aus dem Jahr 2016 wurde vom Institut für Situationsansatz herausgegeben, gefördert vom Bundesfamilienministerium.

**Darin kritisieren die Absender „Verkleidungen, die rassistische, kulturalisierende oder geschlechtsstereotype Bilder bedienen“.**

Heißt: Nicht nur das Indianerkostüm soll nicht mehr zeitgemäß sein, sondern auch andere Verkleidungen, die traditionell Mädchen oder Jungs zugeschrieben werden.

**Die Prinzessin oder der Pirat: Nicht mehr erwünscht! Meerjungfrau und Superheld: zu stereotyp!**

Die Begründung: Alle Kostüme würden für ein bestimmtes Persönlichkeitsprofil stehen. Hübsch, niedlich, hilflos die einen, furchtlos und kampfbereit die anderen. Alternative Vorschläge: Die Kinder können sich statt als Indianer als Wald-Elf verkleiden oder als Fee mit Pfeil und Bogen.

Kritik an dem Schreiben kommt von der CDU. „Die Auswahl von Faschingskostümen für Kinder sollte durch Spaß und Lust auf das Verkleiden bestimmt werden“, sagt der bildungspolitische Sprecher der Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, **Lars Bocian** (54). „Der Wunsch des Kindes steht hier im Vordergrund und nicht die gender-ideologischen Ambitionen von Erwachsenen.“

Die Anregungen könnten für Pädagogen wie für die Familien hilfreich sein, über Fasching nachzudenken, „und damit die Entscheidungen für das jeweilige Kostüm neu zu treffen“, sagt hingegen Berlins Landeselternsprecher Norman Heise.

|                            |   |
|----------------------------|---|
| Datum: 14.02.2024          | Medium: Berliner Morgenpost                 |
| <b>Berliner Morgenpost</b> | Autor: Thomas Schubert<br>Thema: David Paul |

NEUE UNTERKUNFT ÖFFNET

# Heim für 540 Flüchtlinge am Volkspark: Pankow verlangt Hilfe

14.02.2024, 14:00 Uhr • Lesezeit: 4 Minuten



Über 2200 Menschen mit Fluchtgeschichte leben inzwischen im Viertel am Volkspark Prenzlauer Berg. Bald eröffnet laut dem Bezirksamt Pankow eine weitere Unterkunft.

© Thomas Schubert / BM | Thomas Schubert

Berlin. In einem Pankower Kiez machen Flüchtlinge die Hälfte der Einwohner aus. Nun öffnet ein weiteres Heim – trotz ernster Bedenken.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article241674256/Heim-fuer-540-Fluechtlinge-am-Volkspark-Pankow-verlangt-Hilfe.html>

|                     |   |
|---------------------|---|
| Datum: 15.02.2024   | Medium: Tagesspiegel                          |
| <b>TAGESSPIEGEL</b> | Autor: Henning Onken<br>Thema: Johannes Kraft |



### **T+ Dreck, Aggressionen, Müll Können Drehkreuze Berlins U-Bahn absichern?**

Zugangskontrollen schaffen in vielen Großstädten ein geschlossenes System in der U-Bahn. Ob das auch in Berlin funktionieren könnte, darüber streitet man sich seit einem Vierteljahrhundert.

Von Henning Onken  
15.02.2024, 21:04 Uhr

Pöbelnde Fahrgäste, Prügeleien, Vermüllung – [schwierige Zustände auf der Berliner U-Bahnlinie 8](#) haben ein altes Thema wiederbelebt: Zugangskontrollen in Form von Drehkreuzen oder anderen baulichen Barrieren in den Bahnhöfen. Durch ein geschlossenes Zugangssystem könne die Sicherheit für Fahrgäste langfristig erhöht werden – so wird Markus van Stegen von der [„Berliner Zeitung“](#) zitiert, der die zentrale Polizeidirektion 5 leitet.


*Vielleicht muss man mal mutig sein und Zutrittskontrollen an ein oder zwei  
Linien ausprobieren.*

**Johannes Kraft**, CDU-Verkehrsexperte

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/dreck-aggressionen-mull-konnen-drehkreuze-berlins-u-bahn-absichern-11217847.html>

|   |                          |
|---|--------------------------|
| Datum: 16.02.2024   | Medium: Berliner Zeitung |
|  | Thema: Johannes Kraft    |

## CDU Pankow will weniger Flüchtlinge im Bezirk

Der CDU-Abgeordnete Johannes Kraft äußert Bedenken zum Anstieg der Zahl der Flüchtlingsunterkünfte in Berlin-Pankow.

BLZ

16.02.2024 | 21:47 Uhr

**Johannes Kraft**, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses der [CDU](#) aus [Pankow](#), hat sich für eine gerechte und verträgliche Unterbringung von Flüchtlingen in der Stadt ausgesprochen. Dies geht aus einer Nachricht des CDU Kreisverbands Pankow vom 16. Februar 2024 hervor. Kraft hat einen Antrag in die Bezirksversammlung von Pankow eingebracht, in dem er gegen die Errichtung weiterer Flüchtlingsunterkünfte in bereits stark belasteten Ortsteilen, wie in Berlin-Buch, eintritt.

Laut **Kraft** erbringt der Norden Pankows bereits eine herausragende Leistung bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Insgesamt sind in dem ruhigen Bezirk Buch bereits über 1500 Personen in Gemeinschaftsunterkünften und einer Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht. Auch in den benachbarten Bezirken Karow und Französisch Buchholz sind jeweils mehr als 500 Menschen untergebracht.

Trotzdem gibt es Pläne für eine weitere Flüchtlingsunterkunft an der Zepernicker Straße in Buch. „Eine zusätzliche Ballung von Flüchtlingen am Stadtrand muss vermieden werden“, warnte Kraft. Kraft äußerte auch Bedenken bezüglich der bereits überlasteten öffentlichen Infrastruktur in Nord-Pankow.

Des Weiteren kritisierte er die mangelnde Unterstützung für Bildungs- und Integrationsinitiativen und den anhaltenden Mangel an Schulplätzen in der Region. Er äußerte Zweifel daran, ob unter diesen Bedingungen eine erfolgreiche Integration möglich sei. Kraft fordert daher einen fairen und verträglichen Verteilungsschlüssel für die Unterbringung von Flüchtlingen in der Stadt Berlin.

[Der Bericht basiert auf Informationen des CDU-Kreisverbands Pankow.](#)

|                       |  |
|-----------------------|--|
| Datum: 17.02.2024     | Medium: Berliner Woche Print                           |
| <b>Berliner Woche</b> | Autor: Bernd Wähler<br>Thema: Manuela Anders-Granitzki |

# Radweg? Gefahren wird auf dem Gehweg

**PRENZLAUER BERG:** Viele Beschwerden von Fußgängern / Ordnungsamt führt Schwerpunktkontrollen durch

von Bernd Wähler

**Radfahren auf dem Gehweg: Mache machen es einfach aus Bequemlichkeit, einige fühlen sich sicherer, andere machen sich schlicht keine Gedanken drüber und wieder andere sagen sich: „In Berlin ist doch alles erlaubt.“**

Das Radfahren auf dem Gehweg sieht so mancher als Kavaliersdelikt. Doch laut Straßenverkehrsordnung ist der Gehweg den Fußgängern vorbehalten. Radfahrer haben den Radweg oder – wenn keiner vorhanden ist – die Fahrbahn zu nutzen. Weil sich Fußgänger aber zunehmend von auf dem Gehweg Radelnden gefährdet und belästigt fühlen, gab es im vergangenen Jahr zahlreiche Beschwerden ans Ordnungsamt. Dabei kristallisierten sich einige Straßenabschnitte heraus, auf denen besonders viele Radfahrer auf den Gehwegen fahren – und das, obwohl oftmals ausgebaute Radwege vorhanden sind.

Immer wieder erreichen nicht nur das Ordnungsamt, sondern auch die Verordneten Beschwerden von Bürgern über rücksichtslose Radfahrer auf Gehwegen oder in Parks. Deshalb beschloss die BVV auf Antrag der SPD-Fraktion Ende vergangenen Jahres einstimmig



Stadträtin Manuela Anders-Granitzki an der Brücke am S-Bahnhof Prenzlauer Allee. Zwischen Bahnhof und der Ecke Prenzlauer Allee/Stargarder Straße fahren immer wieder Radfahrer auf dem Gehweg. Foto: Bernd Wähler

einen Antrag „Aufeinander achten – Mehr Rücksicht auf Fuß- und Radwegen“. Darin fordern die Verordneten das Bezirksamt auf, im Zuge der Einsatzplanung des Ordnungsamtes und in Zusammenarbeit mit der Polizei ein besonderes Augenmerk auf Schwerpunktkontrollen von Radfahrern zu legen.

Die Kontrollen sollen verstärkt an Orten durchgeführt werden, an denen es immer wieder Beschwerden über rücksichtslose Radfahrer gibt. Einer dieser Schwerpunkte ist der Bereich am S-Bahnhof Prenzlauer Allee. Hier fahren immer wieder Radfahrer auf dem Gehweg, obwohl es in diesem Bereich einen ausgebauten Radweg gibt. Außerdem fahren manche so-

gar in der Stargarder Straße – immerhin eine ausgewiesene Fahrradstraße – auf dem Gehweg und beim Abbiegen in die Prenzlauer Allee dann natürlich weiter auf dem Gehweg.

Weil es zum Fehlverhalten von Radfahrern in diesem Bereich besonders viele Beschwerden gibt, entschloss sich das Ordnungsamt, eine erste Schwerpunkttaktion in diesem Jahr an der Ecke Prenzlauer Allee/Stargarder Straße sowie in Höhe des S-Bahnhofs Prenzlauer Allee durchzuführen, informiert die für Ordnung und öffentlichen Raum zuständige Stadträtin, Manuela Anders-Granitzki (CDU). Zu beobachten war, dass die Mehrheit der Radfahrer innerhalb der zweistündigen


Kontrollzeit auf den Radweg fuhr. Allerdings wurden auch mehrere Radfahrer auf dem Gehweg angehalten. Insgesamt zwölf Anzeigen, verbunden mit 25 Euro Ordnungsgeld für die vorschriftswidrige Benutzung des Gehwegs, wurden geschrieben. Zwei Radfahrer wurden mündlich verwarnt. Zudem erhielten zwei Nutzer von Elektrokleinstfahrzeugen Anzeigen, verbunden mit 15 Euro Ordnungsgeld, weil sie ebenfalls vorschriftswidrig auf dem Gehweg fuhren.

Ähnliche Schwerpunktkontrollen von Radfahrern sollen demnächst unter anderem im Bereich der Kreuzungen Eberswalder Straße/Schönhauser Allee, Schönhauser Allee/Dänenstra-

ße und Prenzlauer Allee/Ostseestraße sowie im Bereich des Schlossparks/Ossietzkystraße stattfinden.

Viele Fußgänger wünschen sich sicherlich, dass öfter und regelmäßiger solche Radfahrerkontrollen stattfinden. „Aber das können wir mit den uns im Ordnungsamt zur Verfügung stehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gar nicht leisten“, bedauert Stadträtin Anders-Granitzki. Dem Außendienst des Ordnungsamtes stehen 40 Einsatzkräfte zur Verfügung, wenn alle da sind. Diese sind jeden Tag in Zweier-Teams in zwei Schichten unterwegs. Wenn alles optimal besetzt ist, sind es also zehn Teams in der Früh- und zehn Teams in der Spätschicht, die im Bezirk Pankow unterwegs sind. Diese haben aber nicht nur Radfahrer auf Gehwegen zu kontrollieren, sondern noch viele andere Dinge zu tun, unter anderem illegale Müllablagerungen zu melden, den Jugendschutz in Gastronomie und Einzelhandel durchzusetzen und Spielautomatenbetriebe zu kontrollieren.

Trotz all dieser Aufgaben werde in diesem Jahr ein Schwerpunkt auf der Kontrolle von verkehrswidrigem Verhalten von Radfahrern auf Gehwegen gelegt, versichert Stadträtin Manuela Anders-Granitzki.

|   |                          |
|---|--------------------------|
| Datum: 20.02.2024   | Medium: Berliner Zeitung |
|  | Thema: Johanens Kraft    |

Noch eine Unterkunft in Pankow?

## In Buch könnte ein weiteres Heim für Geflüchtete entstehen. CDU will gerechtere Verteilung



Die Flüchtlingsunterkunft in der Pankower Groscurthstraße ist bereits bezogen. sabine gudath

### ELMAR SCHÜTZE

Es ist ein Gerücht, eine Idee vielleicht, womöglich ein Plan. Noch nicht viel mehr. Doch die Befürchtungen sind jetzt schon groß. Und die Kritik ist heftig. Nach Auskunft des Pankower CDU-Abgeordneten **Johannes Kraft** plant ein Geschäftsmann, eine Großunterkunft für Flüchtlinge einzurichten und sie dem Senat anzubieten. An der Zepernicker Straße in Berlin-Buch, im Nordosten der Stadt. Kurz vor der Grenze zu Brandenburg. Für 1500 Bewohner.

Der Politiker **Kraft**, in dessen Wahlkreis der Ortsteil Buch liegt, schlägt Alarm. „Eine zusätzliche Ballung von Flüchtlingen am Stadtrand muss vermieden werden“, sagt er der Berliner Zeitung. Neben vielen anderen Problemen sei die öffentliche Infrastruktur schon heute massiv überfordert.

Kraft selbst hat so seine Erfahrungen mit der Gemenge- und Gefühlslage vor Ort gemacht. Im Sommer 2022 eskalierte eine offenbar von der örtlichen AfD gekaperte Bürgerversammlung in Buch. Am Ende musste sich der CDU-Mann quasi allein gegen eine wütende Menge behaupten.

Damals ging es um eine Unterkunft an der Groscurthstraße. Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) hatte im Februar 2022 ein zwischenzeitlich geschlossenes und später als Corona-Testzentrum genutztes Containerdorf wieder bezogen. Zusammen mit zwei weiteren Unterkünften gibt es in Buch Kapazitäten für 1500 Menschen. Bei einer weiteren Anwohnerversammlung ein Jahr später hielten sich die Teilnehmer im Zaum. Aber sie berichteten von Diebstählen, Lärmbelästigungen, Bedrohungen und der Angst vor Überfremdung. Den größten Applaus bekam eine Anwohnerin, als sie sagte: „Diese Unterkunft in Buch ist ein Ghetto.“

Tatsächlich ist der gesamte Norden des Bezirks gefordert. In Karow gibt es nach Auskunft des LAF eine Aufnahmeeinrichtung für bis zu 306 Menschen. In Französisch-Buchholz eröffnet im Juli eine Modulare Unterkunft für Flüchtlinge (MUF) mit 320 Plätzen. Rechnet man die umstrittene MUF in einer Wohnanlage an der Kavallerstraße vor den Toren des Pankower Schlossparks (Grüner Kiez Pankow) dazu, die Ende 2025 bezugsfertig werden soll, ist man bei weiteren 740 Plätzen. Insgesamt nimmt Berlins bevölkerungsreichster Bezirk fast 16 Prozent aller hauptstädtischen Flüchtlinge auf – nirgendwo sonst sind es mehr. Das sind nach Auskunft des Bezirksamts derzeit etwa 5000 Menschen. Für den Wahlkreisabgeordneten Kraft ist klar: „Wir brauchen endlich einen gerechten und verträglichen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge im Land Berlin. Diese Aufgabe können einzelne Stadtteile nicht mehr alleine bewältigen.“

Sind zu den Bucher Plänen noch viele Fragen offen, ist ein Stückchen weiter südlich, in Prenzlauer Berg Ost, ein weiterer Ausbau schon sicher. An der Storkower Allee, einem Gewerbegebiet mit vielen teils leerstehenden Plattenbauten, gibt es bereits Obdachlosenunterkünfte, aber auch Einrichtungen für Flüchtlinge. Die größte ist das Hostel Generator am S-Bahnhof Landsberger Allee. Der Betreiber hat aus dem Haus eine Unterkunft für bis zu 900 Menschen gemacht. In der Branche gilt der Staat als guter Mietzahler, der durchgehende Belegung garantiert.

Nun steht bereits die nächste Eröffnung an der Storkower Straße an. „Die Um- und Ausbaumaßnahmen des Bestandsgebäudes zu einer Gemeinschaftsunterkunft sind bereits weit fortgeschritten. Nach aktuellem Stand soll mit einer Belegung der Unterkunft am 1. Juni 2024 begonnen werden. Die Kapazität wird voraussichtlich 540 Plätze betragen“, meldet demnach Pankows Bezirksbürgermeisterin Cordelia Koch (Grüne) auf eine Anfrage aus der CDU-Fraktion in der BVV.

Bereits im November hatte das Bezirksamt eine Art Überforderungsanzeige eingereicht. Demnach sei die bevorstehende Eröffnung an der Storkower Straße „insgesamt kritisch zu bewerten“. Die Region weise neben einer hohen Belegungsdichte mit Menschen in prekären Situationen auch eine unzureichende soziale Infrastruktur und eine schlechte Sozialprognose auf, heißt es in dem Schreiben. Vom Senat fühlt sich die Bezirksverwaltung alleingelassen. „Statt einer finanziellen Vorsorge für notwendige Integrationsleistungen folgen im Land Berlin Projekte auf Projekte“, heißt es.

Hinzu kommt der Ärger über die Verteilung des Geldes aus dem landeseigenen Integrationsfonds. „5 von 8 Millionen Euro des Integrationsfonds werden zu gleichen Teilen auf die Bezirke aufgeteilt und nur 3 Millionen Euro nach Belegungsstatistik des LAF“, kritisiert Bürgermeisterin Koch. Dabei müsse sich der Verteilungsschlüssel für soziale Infrastruktur an der Zahl der untergebrachten Geflüchteten orientieren. Eine Antwort des Senats auf den Brandbrief und den Fragenkatalog steht nach Auskunft des Bezirksamts aus.

Schwer vorstellbar, dass in einer solchen Lage eine weitere Großunterkunft in Pankow entsteht; und noch dazu in Buch, ganz weit draußen, wo die Infrastruktur schon jetzt schwächelt und die Menschen auf den Barrikaden sind. Schwer vorstellbar. Aber nicht unmöglich, meint Albrecht Broemme, vom Senat eingesetzter Koordinator für die Unterbringung von Geflüchteten. Er kenne die Pläne, wisse aber nicht, ob sie umgesetzt würden, sagt er der Berliner Zeitung. Generell gelte: „Eine Randlage wie in Buch ist nicht zur Integration geeignet.“

Beim LAF sind die Bucher Pläne noch nicht angekommen, sagt Monika Hebbingshaus aus der Pressestelle. „Ich kann verstehen, dass Pankow sagt, es gebe schon so viele Unterkünfte“, sagt sie. Doch die Gesamtlage sei schwierig. „Wir haben in vielen Bezirken eine sehr dichte Stadt – also sucht man auch an den Rändern.“



|                            |  |
|----------------------------|--|
| Datum: 20.02.2024          | Medium: Berliner Morgenpost                      |
| <b>Berliner Morgenpost</b> | Autor: Thomas Schubert<br>Thema: Manja Schreiner |

# Ringstrecken für Tram und Bus: Hier schließt sich der Kreis

20.02.2024, 17:50 Uhr • Lesezeit: 4 Minuten

 Von Thomas Schubert

Bezirksreporter



Berlin. U-Bahn oder Magnetbahn für Pankows neue Quartiere hängen in der Schwebe. Dafür feiern kleine, unterschätzte Lösungen den Durchbruch.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten,

schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article241719210/Ring-Tram-und-Zirkel-Bus-Verkehrsplanung-laeuft-endlich-rund.html>

|                            |   |
|----------------------------|---|
| Datum: 20.02.2024          | Medium: Berliner Morgenpost                                 |
| <b>Berliner Morgenpost</b> | Autor: Thomas Schubert<br>Thema: Johannes Kraft, David Paul |

CDU-POLITIKER VERÄRGERT

# Ein Flüchtling pro Bürger in Teilen Pankows: „Klare Unwucht“

20.02.2024, 13:00 Uhr • Lesezeit: 6 Minuten

Berlin. Pankow nimmt in Berlin die meisten Flüchtlinge auf, Unterkünfte ballen sich an zwei Orten. Kritiker wollen das nicht mehr hinnehmen.

Geht es um den schieren Platz, ist Pankow Berliner Champion in Sachen Flüchtlingshilfe. Kein Bezirk kann so vielen Menschen, die Krieg und Elend hinter sich ließen, ein Dach über dem Kopf bieten. Nirgends sonst sind Senat, Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten und Bezirksamt so oft übereingekommen, dass sich eine Brachfläche mit Containern oder eine Gewerbeimmobilie als Bleibe eignet.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article241716368/Auf-fast-jeden-Buerger-kommt-ein-Fluechtling-klare-Unwucht.html>

|                     |  |
|---------------------|--|
| Datum: 21.02.2024   | Medium: Tagesspiegel                           |
| <b>TAGESSPIEGEL</b> | Autor: Simon Schwarz<br>Thema: Manja Schreiner |



### **Festpreise im Berliner Taxigewerbe** Verkehrssenatorin Schreiner will mehr Wettbewerb mit Mietwagenfirmen

Plattformen wie Uber und Freenow vermitteln Fahrten mit Mietwagenfirmen, die oft viel günstiger als Taxis sind. Die Verkehrsverwaltung will das Taxigeschäft flexibilisieren.

Von Simon Schwarz  
21.02.2024, 17:31 Uhr

Berlins **Verkehrssenatorin Manja Schreiner (CDU)** will dem Taxigewerbe ermöglichen, mit Fahrgästen Festpreise zu vereinbaren. Noch im ersten Quartal dieses Jahres werde ihre Verwaltung eine Senatsvorlage ausarbeiten, sagte die Senatorin am Mittwoch im Verkehrsausschuss.

Bislang bezahlen Fahrgäste eine behördlich festgelegte Grundgebühr und einen ebenfalls tarifierten Kilometerpreis. Dies führt nach Ansicht von Schreiner zu einem Nachteil für das Taxigewerbe im Wettbewerb mit Mietwagenfirmen, die auf Plattformen wie Uber und Bolt flexible Preise anbieten dürfen: „Mit dem Festpreismodell erreichen wir eine Stärkung der Taxinachfrage. Die Kunden schätzen es, wenn sie bei der Buchung den Preis im Vorhinein wissen.“ Ein ähnliches Modell hat die Stadt München im vergangenen Jahr eingeführt.

***Mit dem Festpreismodell erreichen wir eine Stärkung der Taxinachfrage. Die Kunden schätzen es, wenn sie bei der Buchung den Preis im Vorhinein wissen.***

**Manja Schreiner (CDU), Verkehrsministerin von Berlin**

Eine Gleichstellung mit den Mietwagenfirmen wird die Maßnahme aber nicht bringen. Denn Schreiner kündigte an, einen Tarifkorridor für die Festpreise des Taxigewerbes vorgeben zu wollen: „Ausgangspunkt für den Festpreis ist der Preis nach Taxitarif für die kürzeste Route zum gebuchten Zielort. Der mit dem Kunden vereinbarte Preis muss sich dann in einem Korridor von minus zehn Prozent bis plus zwanzig Prozent bewegen.“

**Große illegale Schattenwirtschaft**

Lutz Kaden von der Industrie- und Handelskammer (IHK) Berlin begrüßte die Maßnahme, kritisierte aber, dass Taxis mit dieser Vorgabe von den Mietwagenfirmen weiter unterboten werden könnten. Dabei erlaube die 2021 in Kraft getretene Novelle des Personenbeförderungsgesetzes, auch den Mietwagenfirmen eine Mindestgebühr aufzuzwingen. Kaden regte zudem einen Konzessionsstopp für die Unternehmen an: Ab einer bestimmten Zahl von Fahrzeugen dürften die Mietwagenfirmen dann keine weiteren Autos dazukaufen. Eine Konzession stellt die Lizenz zur Personenbeförderung dar. Zugelassen sind in Berlin rund 5500 Taxis sowie 4500 konzessionierte Mietwagenfahrzeuge, hinzu kommen 1500 bis 2000 illegale Autos. Als „Schattenwirtschaft“ bezeichnete Schreiner diesen Wirtschaftszweig, in dem Menschen ohne soziale Sicherung und oft unter Mindestlohn arbeiten. Firmen existieren zum Teil nicht oder haben Scheinadressen, zahlen keine Steuern. Das bestätigte auch Axel Osmenda vom Hauptzollamt Berlin.

„Umsatz und Profit stehen über allem, auf Kosten der Sicherheit von Fahrgästen, erwirtschaftet auf dem Rücken von Fahrerinnen und Fahrern“, sagte der Verkehrspolitiker Tino Schopf (SPD). Wenn es zu Unfällen mit einem illegalen Fahrer komme, seien die Fahrgäste zum Beispiel nicht versichert.

Als Maßnahme gegen die illegalen Firmen will Schreiner die Aufsichtsbehörde Labo (kurz für Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten) personell stärken. Prüfen werde die Verkehrsverwaltung darüber hinaus, ob und in welchem Rahmen sie den Mietwagenfirmen Mindestpreise auferlegen kann. Leipzig und Lörrach machen von dieser Möglichkeit bereits Gebrauch.

Uber, Bolt und Freenow besitzen selbst keine Fahrzeuge, die Unternehmen bringen Fahrgast und Personenbeförderer auf einer digitalen Plattform zusammen. Der Preis wird über Angebot und Nachfrage geregelt, im Gegensatz zum eng regulierten Taxigewerbe.

Eine Stadt, in der das Plattformgeschäft mit Mietwagenfirmen faktisch keine Rolle spielt, ist Hamburg. Dort sind nur 15 Mietwagen konzessioniert, die für Unternehmen wie Uber und Bolt fahren. Die Mietwagenfirmen müssen nachweisen, dass sie in der Lage sind, ein wirtschaftlich nachhaltiges Geschäft mit Mindestlohn zu betreiben, die Verkehrsbehörde der Hansestadt lehnt die Genehmigungen in den meisten Fällen ab.

|                            |  |
|----------------------------|--|
| Datum: 21.02.2024          | Medium: Berliner Morgenpost                    |
| <b>Berliner Morgenpost</b> | Autor: Jessica Hanack<br>Thema: Johannes Kraft |

ES GEHT UM PREISE

# Das soll sich bei Taxis und Mietwagen in Berlin ändern



Die Berliner Senatsverkehrsverwaltung will sich die chaotische Situation am Hauptbahnhof vornehmen und Taxis wieder auf dem Europaplatz halten lassen.

© Funke Foto Services | Reto Klar

Berlin. Berliner Senat plant Neuerungen mit Blick auf Taxis und Mietwagen. Unter anderem geht es um Festpreise und die Lage am Hauptbahnhof.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/berlin/article241727658/Taxis-und-Mietwagen-in-Berlin-Das-soll-sich-aendern.html>



Bild: imago images/Jochen Tack

Politik


## Verkehrsausschuss befasst sich mit kriminellen Strukturen von Uber & Co

Mi 21.02.2024 | 19:30 | rbb24 Abendschau

**Rund 1.000 Wagen von Uber & Co fahren laut Labo ohne Konzession – ob Fahrgäste dieser Wagen überhaupt versichert sind, ist fraglich. Auch andere Regeln werden kaum kontrolliert. Am Mittwoch hat sich erstmal der zuständige Ausschuss im Abgeordnetenhaus damit befasst.**

**Im Gespräch: Jana Göbel, rbb24 Recherche**

Der Beitrag ist hier einsehbar: [https://www.rbb-online.de/abendschau/videos/20240221\\_1930/Verkehrsausschuss-befasst-sich-mit-kriminellen-strukturen-von-Uber-Co.html](https://www.rbb-online.de/abendschau/videos/20240221_1930/Verkehrsausschuss-befasst-sich-mit-kriminellen-strukturen-von-Uber-Co.html)

|   |                          |
|---|--------------------------|
| Datum: 21.02.2024   | Medium: Berliner Zeitung |
|  | Thema: Johannes Kraft    |

## Neue Flüchtlingsunterkunft mit 1.500 Plätzen in Zepernicker Straße in Buch?



Berlin-Pankow: Eine Flüchtlingsunterkunft in Buchholz

Marlene Gawrisch

**Johannes Kraft** aus Pankow sagt: Die Infrastruktur in Buch ist nicht für so viele neue Flüchtlinge geeignet.

BLZ

21.02.2024 | 21:57 Uhr

**Johannes Kraft**, Politiker aus **Pankow** und Mitglied der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, hat [auf seiner Facebookseite](#) Bedenken gegen die Pläne geäußert, eine weitere Flüchtlingsunterkunft in Buch zu bauen.

„An der Zepernicker Straße in Buch gibt es Überlegungen eine weitere Flüchtlingsunterkunft mit 1.500 Plätzen zu bauen. Das ist aus meiner Sicht ein großes Problem, denn: Schon jetzt sind in Buch etwa 1.500 Flüchtlinge in zwei Gemeinschaftsunterkünften und einer Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht. Damit ist hier schon fast jeder Zehnte Asylbewerber. Jeweils mehr als 500 Menschen sind es

darüber hinaus in unmittelbarer Nähe in Karow und Buchholz untergebracht. Eine weitere Ballung von Flüchtlingen bei uns am Stadtrand darf es nicht geben!“, so **Kraft**.

Ein friedliches Zusammenleben könne so nicht gelingen. „Denn mit einem Platz in einem beengten Wohncontainer ist es eben nicht getan. Ein Blick auf die Einsatzzahlen von Ordnungs- und Rettungskräften im Umfeld der bereits bestehenden Einrichtungen in Buch zeigt, dass hier offenkundig Probleme bestehen“, schreibt Kraft weiter.


### **Politiker aus Pankow fordert gerechteren Verteilungsschlüssel für Berlin**

Johannes Kraft nennt die spezifischen Probleme der geplanten Baustelle. „Der jetzt neu betrachtete Standort an der Zepernicker Straße verfügt über keinerlei Infrastruktur.“ Außerdem würden bereits Spielplätze und andere Aufenthaltsorte fehlen und es gäbe zu wenig Schulplätze in Pankow, insbesondere für die Sekundarstufe.

Gemeinsam mit der CDU Pankow fordert er die Ampel-Koalition im Bund auf, tätig zu werden. „Und im Land Berlin braucht es endlich einen gerechten und verlässlichen Verteilungsschlüssel und eine faire Verteilung der Gelder aus dem Integrationsfond“, so **Kraft**.

„Pankow leistet selbstverständlich auch weiterhin Hilfe für all jene, die vor Krieg zu uns flüchten. Aber wie Buch und der Pankower Nordosten eine weitere Unterkunft mit so vielen Menschen vertragen soll, ohne dass der soziale Frieden vollends kippt, ist mir völlig unklar“, schließt der Politiker seinen Beitrag.

Quelle: [CDU Pankow auf Facebook](#)

|   |  |
|---|--|
| Datum: 22.02.2024   | Medium: BZ                                   |
|  | Autor: Stefan Peter<br>Thema: Johannes Kraft |

# Großes Sicherheits-Risiko

## Darf ich mein Babboe-Lastenrad noch fahren?



Oft in Berlin unterwegs: die niederländischen Lastenräder mit Hunden oder Kindern. Als sicher gelten sie allerdings nicht Foto: picture alliance

### Von Stefan Peter

**Nicht nur in den Berliner Grünen-Hochburgen Prenzlauer Berg und Friedrichshain-Kreuzberg gehören Lastenräder mittlerweile zum Alltagsbild. Doch jetzt gibt es große Sicherheitsbedenken gegen den holländischen Hersteller Babboe. Besitzer fragen sich: Darf ich mein Lastenrad überhaupt noch fahren?**

In den Niederlanden gibt es bereits ein Verkaufsverbot, in Deutschland einen Rückruf für die Räder vom Hersteller Babboe. Merkmal: geräumiger Kasten vor dem Lenker, Platz für bis zu vier Kinder. Auch in der Hauptstadt wurde die Marke verkauft (bis zu 4700 Euro teuer).

Darum geht es: Die niederländische Behörde für Verbrauchsgütersicherheit sieht bei den Lastenrädern erhebliche Sicherheitsmängel. Zuletzt traten vermehrt Rahmenbrüche auf – im Straßenverkehr ein lebensgefährliches Risiko! Das Unternehmen soll die Mängel nicht gemeldet und die Ursache der Defekte nicht ausreichend untersucht haben.

Also das teure Gefährt besser stehen lassen? Das sagt der Senat: „Lastenräder müssen in Deutschland nicht zugelassen werden, solange sie mit oder ohne Tretunterstützung nicht mehr als 25 km/h erreichen“, so ein Sprecher der Verkehrsverwaltung zur B.Z. „Diese Räder sind also zulassungsfrei.“ Allerdings: „Mit einem unsicheren Rad, das gebietet die Vernunft, sollte man nicht am Straßenverkehr teilnehmen.“

### **„Ich würde ein Lastenrad dieser Marke nicht benutzen“**

Verkehrs-Experte **Johannes Kraft** (46, CDU): „Es braucht eine Selbstverpflichtung des Herstellers, dass er diese Räder nicht mehr in Deutschland verkauft. Wenn das nicht funktioniert, müssen wir über ein Verkaufsverbot nachdenken.“ Was er Betroffenen rät: „Ich würde ein Lastenrad dieser Marke nicht benutzen, bis die Probleme geklärt sind. Sonst bringe ich mich oder andere erheblich in Gefahr!“

**Problem für Betroffene: Bei einer Rückruf-Aktion gibt es nicht den vollen Kaufpreis zurück, meist nur den Zeitwert. Auf den Online-Seiten vieler Berliner Zweirad-Händler gibt es zudem noch keinerlei Informationen über den Rückruf.**

Die Senatsverwaltung für Verbraucherschutz erklärt: Die Rückabwicklung eines Kaufvertrages erfolge „nicht zwischen Käufer und Hersteller, sondern zwischen Käufer und Verkäufer“, so ein Sprecher zur B.Z. „Insoweit gelten die rechtlichen Bestimmungen des Kaufrechts, eventuell ergänzt um Garantieansprüche. Darüberhinausgehende Ansprüche müssten freiwillig gewährt werden.“

|                     |   |
|---------------------|---|
| Datum: 22.02.2024   | Medium: Tagesspiegel Bezirk Pankow            |
| <b>TAGESSPIEGEL</b> | Autor: Christian Hönicke<br>Thema: David Paul |

## Namen & Neues

# Scharfe Kritik an Senat: Gewerbegebiet in Prenzlauer Berg wird zum Flüchtlings-Hotspot

Veröffentlicht am 22.02.2024 von Christian Hönicke

Werden zu viele Geflüchtete im Gewerbegebiet Storkower Straße untergebracht? Nach Angaben des Bezirksamts leben in der „Planungsregion“ zwischen Volkspark Prenzlauer Berg und Ringbahn etwa 2285 Geflüchtete. „Daraus ergibt sich bei einer Einwohnerzahl von 4697 Personen, dass es sich bei ca. 48 Prozent aller im Planungsraum gemeldeten Personen um Menschen mit Fluchtbiografie handelt“, teilte das Amt auf eine Anfrage des CDU-Verordneten **David Paul** mit. Noch in diesem Jahr soll eine weitere Unterkunft mit 540 Plätzen hinzukommen.

**Zum Vergleich:** Im gesamten Bezirk Pankow gibt es derzeit nach offiziellen Angaben 6207 Plätze für Geflüchtete – derzeit sind laut jüngsten Zahlen etwa 5000 belegt.

**Die Unterkünfte wurden durch das Land eingerichtet.** Der Bezirk Pankow sieht sich damit überfordert – im November hatte Bezirksbürgermeisterin **Cordelia Koch** (Grüne) beklagt, dass Pankow mehr als 15 Prozent der Berliner Geflüchteten ohne finanzielle Hilfe integrieren müsse. Darauf habe der Senat bisher noch nicht einmal geantwortet, teilt der Bezirk nun mit.

**Die Fokussierung auf die Storkower Straße** erweckt nun besonderen Unmut. „Kritisch zu sehen ist vielmehr die Nutzung des Gewerbegebietes zu Unterbringungszwecken“, teilt das Bezirksamt mit, „da dies mit einem ausgeprägten Mangel an sozialer Infrastruktur für die dort untergebrachten Geflüchteten einhergeht.“


**Das sehen auch die Abgeordneten Jian Omar und Antje Kapek** von den Grünen so. „Der Senat bringt immer mehr Menschen im Gewerbegebiet Storkower Straße unter, ohne den Bezirk finanziell und strukturell zu unterstützen“, erklären sie. „Auf den Hilferuf des Bezirks im Rahmen einer Pressemitteilung hat der Senat nicht reagiert und plant munter weitere Unterkünfte im Gewerbegebiet.“

**Es sei insbesondere „verheerend“**, dass in der Region nicht genügend Schul- und Kitaplätze vorhanden sind: „Die Eingliederung der geflüchteten, schulpflichtigen Kinder in den regulären Schulbetrieb ist eine absolute Grundvoraussetzung für eine effektive Integration.“

**Die Senatsverwaltung für Soziales** weist das zurück. So würden zwei Unterkünfte mit etwa 600 Plätzen zu Sanierungszwecken „in absehbarer Zeit geschlossen“ – darunter auch die, in der auch der Verein Strassenfeger seine Obdachlosen-Notunterkunft betreibt. Auch die Nutzung des Hostels „Generator“ sei „vorerst“ auf dieses Jahr begrenzt.

**Doch: Parallel dazu plant der Senat** bereits eine weitere Unterkunft in einem benachbarten Bürogebäude. Sie soll in der Storkower Straße 101a entstehen, erfuhr der CDU-Bezirksverordnete **David Paul** vom Pankower Bezirksamt. Die Um- und Ausbaumaßnahmen zu einer Gemeinschaftsunterkunft seien „bereits weit fortgeschritten“, teilt das Amt mit. „Nach aktuellem Stand soll mit einer Belegung der Unterkunft am 1. Juni 2024 begonnen werden.“ Die Kapazität werde voraussichtlich 540 Plätze betragen. Laut Senatsverwaltung soll der Betrieb „im 2. Halbjahr 2024“ startet, er sei aber „nur vorübergehend für einige Jahre geplant“.

**Das Bezirksamt sieht das mit Sorge.** Er verweist darauf, dass Wohnnutzungen in Gewerbegebieten rechtlich nur „ausnahmsweise zulässig“ seien. „In jedem Fall fordert das Bezirksamt vom Senat (...) ein Quartiersmanagement und weitere Unterstützungsleistungen, um sowohl die Willkommensstrukturen, als auch das gedeihliche Zusammenleben der Gesamtbevölkerung (...) unterstützen zu können.“

|   |                          |
|---|--------------------------|
| Datum: 23.02.2024   | Medium: Berliner Zeitung |
|  | Thema: Lars Bocian       |

## **Pankow: Verbesserungen beim öffentlichen Nahverkehr in Blankenfelde Der öffentliche Nahverkehr am Stadtrandgebiet soll zur echten Alternative zum Auto werden.**

BLZ

23.02.2024 | 18:37 Uhr



In den Gesprächen zwischen BVG und Siedlergemeinschaft ging es auch um Busverbindungen zum S-Bahnhof Wilhelmsruh.

Benjamin Pritzkeleit


In den Stadtrandgebieten Berlins muss der öffentliche Nahverkehr weiterhin deutlich verbessert werden, um den Bürgern eine echte Alternative zum Auto zu bieten, schreibt Politiker **Lars Bocian** aus **Pankow** auf seiner Facebookseite. Er sitzt in der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses.

Um das Ziel zu erreichen, fordert er ein ansprechendes Nahverkehrsangebot, das regelmäßig verkehrt und strategische Knotenpunkte anfährt.

In einem Gespräch zwischen der BVG und der Siedlergemeinschaft der Stadtrandsiedlung Berlin-Blankenfelde, an dem auch Bocian teilnahm, sei dieses Thema intensiv diskutiert

worden. Der Fokus habe dabei speziell auf der Buslinie 107, einer Verbindung zwischen Buch und Karow zum Robert-Havemann-Gymnasium, Busverbindungen zum S-Bahnhof Wilhelmsruh, dem Straßenbahngelände in Niederschönhausen und der Traumschluss der Linien M50 und M1 gelegen, so der CDU-Politiker.

„Eine ganze Reihe an Punkten, die den öffentlichen Nahverkehr attraktiver gestalten können! Gehen wir es an“, schließt **Bocian** seinen Beitrag.

|   |   |
|---|---|
| Datum: 25.02.2024   | Medium: rbb                                   |
|  The logo for 'rbb 24 Abendschau' features the text 'rbb 24' in white on a red background, with 'ABENDSCHAU' in white on a dark background below it. A small 'Logo' label is visible in the top right corner of the image. | Autor: Nural Akbayir<br>Thema: Johannes Kraft |

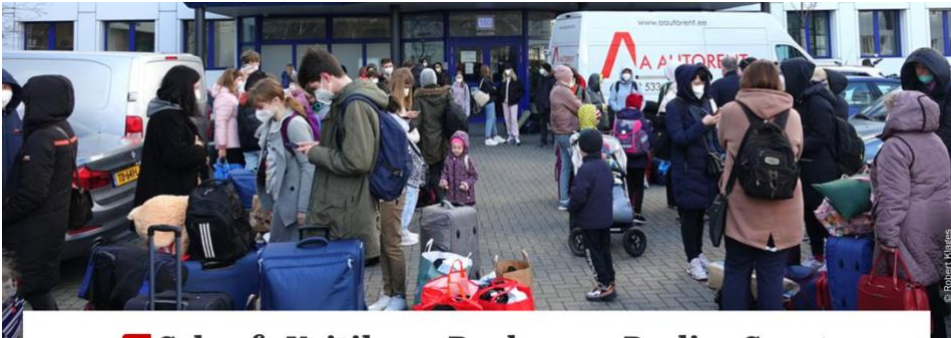
# Schlaglöcher Marode Gehwege in Berlin

So 25.02.2024 | 19:30 | rbb24 Abendschau

**Auf vielen Berliner Gehwegen gibt es Schlaglöcher, die vor allem mobilitätseingeschränkten Menschen zu schaffen machen. Obwohl die öffentlichen Gelder sogar gestiegen sind, die dazu eingesetzt werden sollen, um Gehwege zu reparieren, passiert nur wenig, wie man an unserem Beispiel sieht. Darüber sprechen wir mit dem Abgeordneten Johannes Kraft (CDU), Mitglied im Ausschuss für Mobilität und Verkehr.**

Den Beitrag können Sie hier sehen: [https://www.rbb-online.de/abendschau/videos/20240225\\_1930/marode-gehwege-in-berlin.html](https://www.rbb-online.de/abendschau/videos/20240225_1930/marode-gehwege-in-berlin.html)

|                     |   |
|---------------------|---|
| Datum: 26.02.2024   | Medium: Tagesspiegel                          |
| <b>TAGESSPIEGEL</b> | Autor: Christian Hönicke<br>Thema: David Paul |



**T+** **Scharfe Kritik aus Pankow an Berlins Senat**  
Gewerbegebiet in Prenzlauer Berg wird zum Flüchtlings-  
Hotspot

Fast 50 Prozent der Einwohner an der Storkower Straße sind Geflüchtete. Der Senat plant dort weitere Plätze – trotz Widerspruch des Bezirks an „verheerenden“ Zuständen.

Von Christian Hönicke  
26.02.2024, 12:55 Uhr

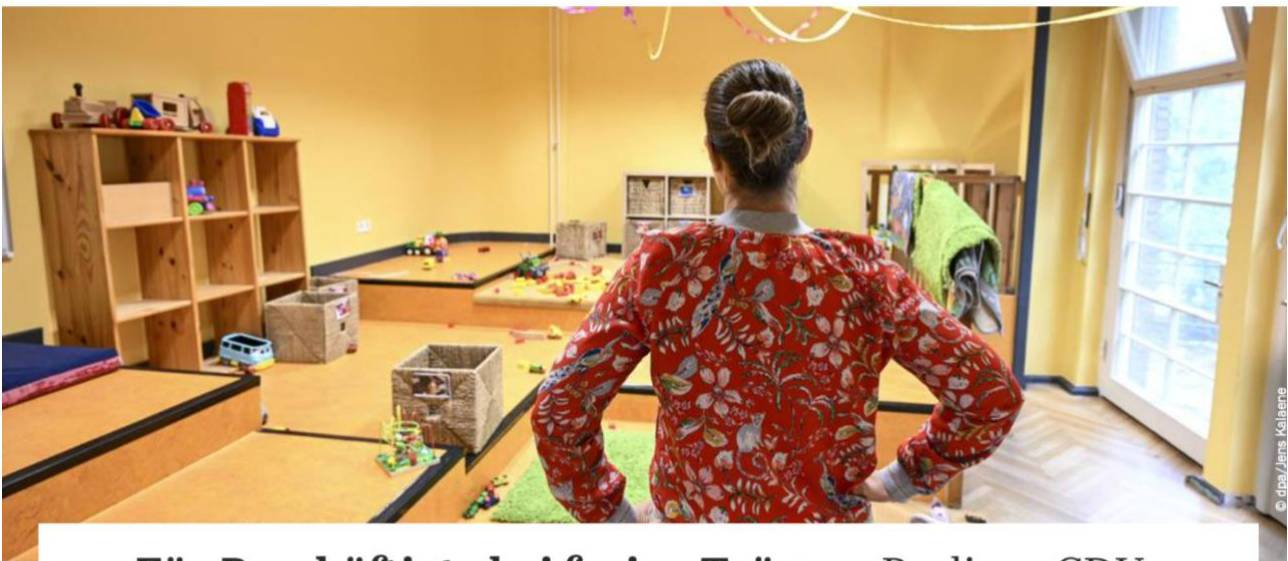
Werden zu viele Geflüchtete im Gewerbegebiet Storkower Straße untergebracht? Nach Angaben des Bezirksamts Pankow leben in der „Planungsregion“ zwischen Volkspark Prenzlauer Berg und Ringbahn etwa 2285 Geflüchtete.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/scharfe-kritik-aus-pankow-an-berlins-senat-gewerbegebiet-in-prenzlauer-berg-wird-zum-fluechtlings-hotspot-11271856.html>

|                     |                                |
|---------------------|--------------------------------|
| Datum: 27.02.2024   | Medium: Tagesspiegel           |
| <b>TAGESSPIEGEL</b> | Autor:<br>Thema: Dirk Stettner |



## Für Beschäftigte bei freien Trägern Berliner CDU-Fraktionschef kündigt Zulage an

Verbände und Gewerkschaften fordern, die Hauptstadtzulage auch bestimmten Beschäftigten außerhalb des Landesdienstes zu zahlen. Die CDU kündigt eine alternative Variante an.

Viele Beschäftigte [freier Träger in Berlin](#) könnten bald mehr Geld im Portemonnaie haben. Das Land gewährt ihnen eine sogenannte Sozial- und Erziehungszulage in Höhe von 130 Euro monatlich, wie CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** am Dienstag der Deutschen Presse-Agentur sagte. Träger, die Zuwendungen vom Land erhalten, könnten die Anträge für den entsprechenden finanziellen Ausgleich ab sofort in den zuständigen Bewilligungsstellen stellen. Das gelte auch für eine steuerfreie Inflationsausgleichsprämie in Höhe von insgesamt 3000 Euro.

Von der Sozial- und Erziehungszulage, die bis zu einer bestimmten Gehaltsstufe gezahlt wird, profitieren laut Stettner etwa zwei Drittel der Beschäftigten bei den sogenannten Zuwendungsempfängern. Es handelt sich zum Beispiel um Erzieher, Sozialarbeiter oder Pädagogen in freien Kitas oder Horten, aber auch um Mitarbeiter in Beratungsstellen sozialer Organisationen.

Die Zulage ist nicht zu verwechseln mit der sogenannten [Hauptstadtzulage](#) von 150 Euro monatlich, die viele Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst Berlins seit November 2020 erhalten. Ausgenommen sind hier nur sehr hohe Besoldungsgruppen.

Zuletzt hatten Gewerkschaften und Verbände freier Träger vehement gefordert, diese Hauptstadt-Zulage auch für ihre Beschäftigten zu zahlen, weil auch diese Berlin am Laufen hielten. **Stettner** lehnte das ab und verwies auf das im Vorjahr erzielte Ergebnis der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder.

Dieses sichere unter anderem den [Erhalt der Hauptstadtzulage für die Berliner Landesbeschäftigten](#) in ihrer bestehenden Form. „Forderungen, die Hauptstadtzulage auf die freie Trägerlandschaft auszuweiten, übersehen, dass eine solche Ausweitung in der Tarifgemeinschaft der Länder nicht durchsetzbar war und dazu führen würde, dass der erreichte Verhandlungserfolg für die Landesbeschäftigten massiv gefährdet würde.“ (*dpa*)